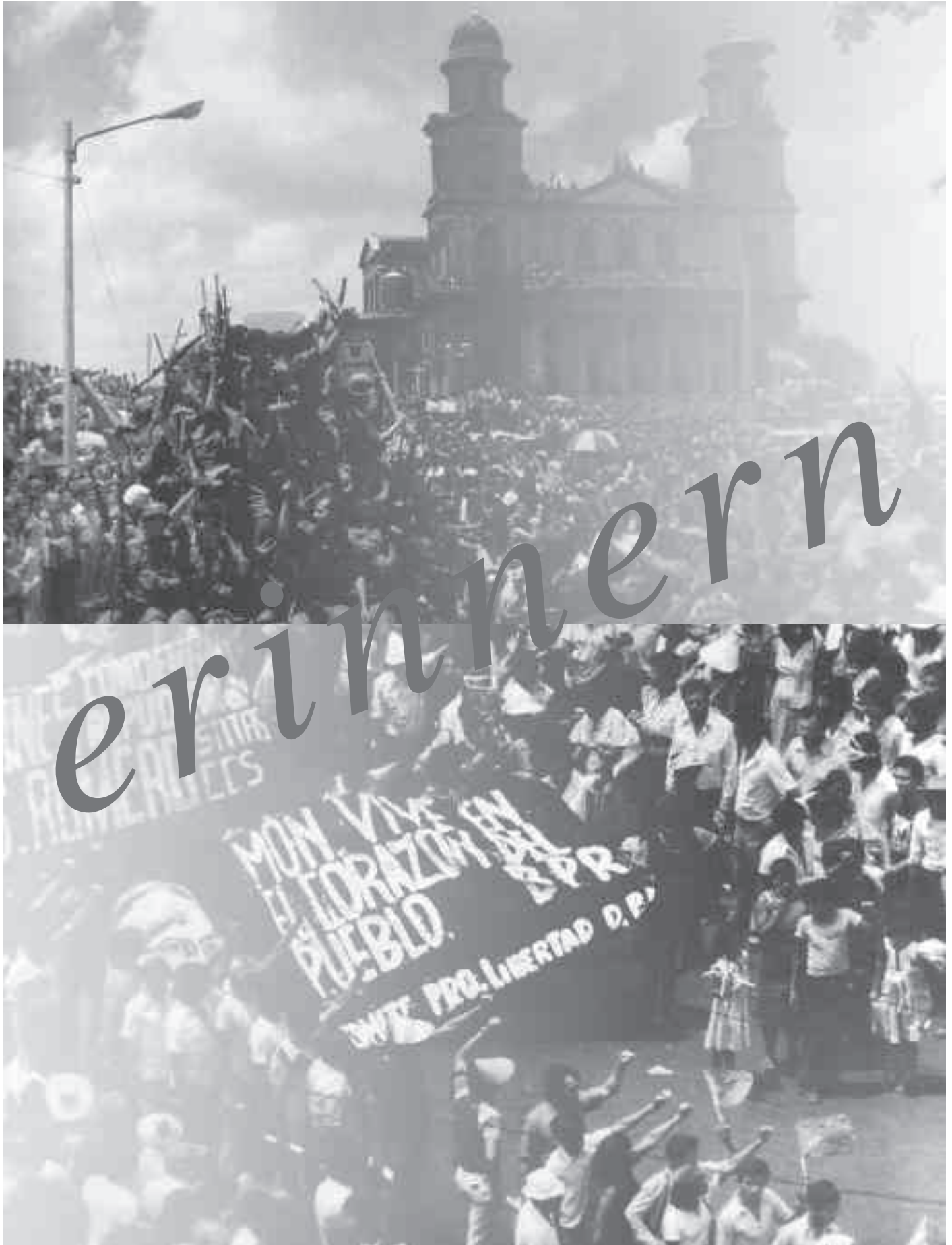


Info-Blatt 70

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e. V.

Juli 2007



Liebe Leser_innen,

in diesen Tagen jährt sich in Nicaragua der Sieg der Revolution über Somoza zum 28. Mal. Im Januar dieses Jahres wurde in El Salvador der Abschluss der Friedensverträge vor 15 Jahren gefeiert. Ereignisse wie Diktatur, Repression und Bürgerkrieg, die für die Menschen in diesen beiden Ländern eine ungeheure Bedeutung hatten und für uns Anlass waren, uns mit den Menschen dort zu solidarisieren, sind dabei, langsam aus dem Gedächtnis der Menschen zu verschwinden. Wie funktioniert das, wenn die persönlichen Erinnerungen vieler älter werden? Wir haben versucht unsere Gedanken dazu in dem Artikel „Erinnerungsnetze“ darzustellen. Der Zusammenhang zwischen dem Persönlichen und dem Politischen hat uns besonders interessiert und uns veranlasst, unseren Partner_innen in El Salvador und Nicaragua nach ihren Erinnerungen zu fragen. Ein Thema, an dem wir nicht vorbei konnten, als wir uns mit Erinnerung beschäftigten, war der Holocaust. Einen Einblick in die Auseinandersetzung um Erinnerung zu diesem Thema wird in dem Artikel „Konstruktiven Umgang mit der Geschichte lernen“ vorgestellt.

Die politische Situation in Nicaragua nach dem Amtsantritt von Daniel Ortega ist, auch nachdem inzwischen ein halbes Jahr vergangen ist, nicht leicht einzuschätzen. Man gewinnt aber den

Eindruck, dass viele der Befürchtungen, die Ortega und der FSLN entgegengebracht werden, zu Recht bestehen. Umso wichtiger bleibt es, sich mit der Rolle der sozialen Bewegungen in diesem Land zu befassen.

Über die aktuelle Situation in El Salvador, wohin in diesem Jahr wieder eine vom Ökumenischen Büro organisierte Brigade fahren wird, berichten wir in einem Interview mit unserem Freund Javier Rivera.

Die politischen Nachrichten des letzten halben Jahres aus Mexico werden immer noch dominiert von den Nachwirkungen der Auseinandersetzungen des vergangenen Jahres. Die Ereignisse Atenco und Oaxaca wirken nach, die dort begangenen Menschenrechtsverletzungen scheinen sich unter dem neuen Präsidenten Felipe Calderón fortzusetzen. Positiv können wir in diesem Zusammenhang berichten, dass unser Freund Felipe Sánchez, der am 25. November 2006 in Oaxaca verhaftet wurde, am 6. März 2007 auf Kautionsfreigabe wurde. Über Einzelheiten und die Anstrengungen hierzu, an denen auch viele unserer Leser_innen beteiligt waren, wird auch in diesem Heft berichtet.

Das Redaktionskollektiv (*ea, emb, mw, pz, zp*) hofft, mit dem gewählten Thema eigene Erinnerungen unserer Leser_innen anzustoßen.

Zum Titelblatt

Foto oben: 19. Juli 1979, Managua, Foto: Susan Meiselas

Foto unten: Beerdigung von Oscar Arnulfo Romero, San Salvador März 1980
Quelle: Equipo Maiz

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunkt: erinnern

Erinnerungsnetze	3
Antwort von Damian Alegria	5
Antwort von César Villalona	6
Antwort von Angel Ibarra	8
Antwort von Héctor Fernández	9
Antwort von William Grigsby	11
Auras de Guerra	13
Konstruktiven Umgang mit der Geschichte lernen	14

Nicaragua

Der Pakt, die Ehefrau und ein Kardinal Nicaragua unter Daniel Ortega	17
Die sozialen Bewegungen sind auf dem Weg, erwachsen zu werden	22

El Salvador

Schulterschluss gegen Politik von rechts	24
--	----

Mexiko

„Tenemos que recordar, ratos buenos, ratos tristes...“ Erinnern in Ciudad Juárez	27
Atenco, Oaxaca, „Krieg gegen die Kartelle“ Freilassung von Felipe Sánchez Rodríguez	30 33

Impressum: Das Info-Blatt wird herausgegeben vom Ökumenischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., Pariser Str. 13, 81667 München.

Telefon: 089 - 448 59 45

Telefax: 089 - 48 76 73

E-mail: info@oeku-buero.de

Homepage: www.oeku-buero.de

Konto: 561 76 258, SSK München, BLZ 701 500 00

Flugdienst: 089 - 89 22 49 61 / Fax -62

E-mail: flug@oeku-buero.de

Redaktion und Layout: Andrés Schmidt (as), Andrea Bertele (ab), Angelika Haas (ah), Babs Kwapkowski, Detlef von Bismarck, Eberhard Albrecht (ea), Eva-Maria Bach (emb), Javier Aparicio Asensio (ja), Klaus Pinzek, Marianne Walther (mw), Miriam Stumpfe (ms), Philip Zölls (pz), Sabine Schratzenstaller (ssch), Sandra Eck (se), Swantje Burmester (sb), Vera Tietze, Zara Pfeiffer (zp)

Fotos: Ökumenisches Büro

Druck: ulenspiegel druck, Andechs

Auflage: 1.000

(Onlineausgabe unter www.oeku-buero.de)

V.i.S.d.P.: Klaus Pinzek (Ökumenisches Büro)

Das Infoblatt des Ökumenischen Büros wird gefördert durch die



Landeshauptstadt
München
Kulturreferat

Erinnerungsnetze

(red_kol) *Was ist Erinnerung? Woran erinnern wir uns und wann vergessen wir? Wie funktioniert und wer betreibt Erinnerungspolitik? Was hat Erinnerung mit Wahrheit zu tun? Warum wird ein Ereignis manchmal ganz unterschiedlich erinnert? Gibt es falsche Erinnerungen? Was ist der Unterschied zwischen Erinnerung und Gedächtnis? Welche Erinnerungen werden zu Geschichte? Was ist ein kollektives Gedächtnis? Welche Funktion haben Denkmäler und Feiertage? Wie beeinflusst Schuld Erinnerung? Was hat Erinnerung mit Identität zu tun? Ist Erinnerung notwendig für Versöhnung? Hat die Form, wie wir uns an etwas erinnern, etwas mit dem Inhalt der Erinnerungen zu tun?*

Diese und ähnliche Fragen haben wir in den letzten Monaten diskutiert. Einen Schwerpunkt zum Thema „Erinnerungspolitik“ zu machen, hat den Vorteil und den Nachteil, aus einem riesigen Themengebiet auswählen zu können. Das Thema in seiner ganzen Breite erschöpfend zu behandeln, ist deshalb ein aussichtsloses Unterfangen. Aus diesem Grund haben wir uns auch entschlossen, die Fülle des Themas mit Hilfe der Fragen nur kurz anzureißen und uns auf den folgenden Seiten auf einige ausgewählte Aspekte zu konzentrieren.

Während wir die oben genannten Fragen diskutiert haben, haben wir uns Erinnerung als ein Netz vorgestellt, das sich aus vielen unterschiedlichen Netzen zusammensetzt, die sich miteinander verbinden und ineinander verheddern. Die Knoten dieser Netze sind das, woran und wodurch wir uns erinnern: Jahrestage, Erzählungen, Denkmäler, Lieder, Gegenstände, Orte, etc. Je nachdem, worum es sich bei diesen Knoten handelt, worauf sie sich beziehen und welche Akteure sie geknüpft haben, verfügen sie über eine unterschiedliche Größe, Dichte und Positionierung.

Dieses Netz ist nichts Starres, sondern es ist flexibel und verändert

sich mit der Zeit. Manche Knoten lösen sich auf, andere werden neu geknüpft, Erinnerungen gehen verloren, neue kommen hinzu. So entstehen neue Verbindungen, das Gesamtbild verschiebt sich, Vergangenes wird neu interpretiert und bewertet. Obwohl große und dichte Knoten meist eher in der Lage sind, das Netz zu verschieben, können dies auch kleine und lockere, wenn sie an einer geeigneten Stelle positioniert werden.

Eine Möglichkeit, Erinnerungsknoten, die Gefahr laufen, sich zu lösen, neu zu knüpfen und zu verknüpfen, besteht darin, Fragen zu stellen, um vergangene Ereignisse in Erinnerung zu behalten. Dies haben wir am Beispiel des 19. Juli 1979 versucht.

Nicht die Geschichte der Daten und Jahreszahlen interessiert uns, sondern die Geschichten hinter den

haben ist, äußerst gering. Wenn überhaupt, dann können wir meistens nur im Nachhinein konstruieren, wo wir gewesen sein müssten.

Wer erinnert sich an den 19. Juli 1979?

Es gibt jedoch Tage, die bleiben uns im Gedächtnis. Die Frage, wo wir am 11. September 2001 waren, werden vermutlich die meisten von uns beantworten können. Ob und wie wir uns an ein bestimmtes Ereignis erinnern, ist nicht zuletzt abhängig von der Bedeutung, die dieses Ereignis für uns hat. Der Bezug, den wir zu Nicaragua und zur sandinistischen Revolution haben, beeinflusst entscheidend die Art und Weise, wie wir uns an den 19. Juli 1979 erinnern. Ob wir die Ereignisse vor Ort selbst miterlebt oder gestaltet haben, ob wir sie über Medien verfolgt haben oder erst später von



Am 19. Juli 1979 in Managua, Quelle: americas.sas.ac.uk

Daten und Jahreszahlen. Zu wissen, dass am 19. Juli 1979 Somoza gestürzt wurde, wird erst dann spannend, wenn wir versuchen zu verstehen, welche Auswirkungen dieses Ereignis für das Leben der Menschen in Nicaragua hatte.

Wo warst du am 19. Juli 1979?

Wir [ein fiktives Wir] waren in Managua und in München. Auf den Lastwagen, den Straßen, der Arbeit, vor dem Fernseher und teilweise auch noch gar nicht auf der Welt. Wir haben gefeiert, demonstriert, geschlafen, Zeitungen gelesen, gearbeitet ...

Nicht alle von uns können sich erinnern, wo sie an diesem Tag waren und was sie gemacht haben. Die Wahrscheinlichkeit, dass wir uns genau erinnern, was wir an einem beliebigen Tag vor achtundzwanzig, sieben oder zwei Jahren oder auch nur vor einigen Monaten oder Wochen gemacht

ihnen durch Berichte und Fotos erfahren haben, beeinflusst unsere Erinnerung ebenso wie die Hoffnungen und Träume, die Siege und Niederlagen, die wir mit ihnen verbinden, sowie die Folgen, die sie für unser Leben hatten. Ob ein Ereignis für uns wichtig ist oder nicht, ist wiederum abhängig von den Kontexten, in denen wir uns bewegen, und den Dingen, mit denen wir uns identifizieren. In Nicaragua werden sich wohl die meisten der über 40-Jährigen erinnern, wie sie die Ereignisse des 19. Juli 1979 erlebt oder wie sie von ihnen erfahren haben, in Deutschland dagegen wird nur eine relativ kleine Gruppe die sandinistische Revolution mit diesem Datum verbinden. Es ist anzunehmen, dass es sich dabei in erster Linie um Leute handelt, die in irgendeiner Weise den Nicaragua-Solidaritätsbewegungen verbunden waren oder sind.

Wofür steht der 19. Juli 1979?

Am 19. Juli 1979 nahmen die Sandinist_innen die nicaraguanische Hauptstadt Managua ein. Dieser Tag ist ein Wendepunkt in der nicaraguanischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, er markiert das Ende der Diktatur Somozas, den Sieg der Revolution und den Beginn der sandinistischen Regierungszeit.

Der 19. Juli 1979 ist jedoch mehr als nur ein historisches Datum, er ist zum Symbol geworden für den erfolgreichen Kampf gegen Unterdrückung und für politische Freiheit. Es ist ein Tag der Befreiung und der Erinnerung an diejenigen, die im Kampf für diese Befreiung ermordet wurden. Gleichzeitig steht dieser Tag für die Solidarität der Nicaraguaner_innen und der weltweiten Unterstützer_innen, die notwendig war, um in Nicaragua in den folgenden Jahren ein revolutionäres Projekt auch gegen Widerstand umsetzen zu können.

Woran erinnern wir uns?

Wenn wir uns heute an den 19. Juli 1979 erinnern, dann geht es zwar auch um die konkreten Geschehnisse, die damals stattgefunden haben. Im Vordergrund steht jedoch deren symbolische Bedeutung. Und diese kann nicht nur sehr unterschiedlich, sondern auch sehr umkämpft sein. Da Erinnerung das Geschehene grundsätzlich nicht eins zu eins wiedergibt, sondern wie Wahrnehmung immer selektiv ist, kann ein und dasselbe Ereignis höchst unterschiedlich erinnert werden. Je nachdem, aus welchem Blickwinkel und mit welchem Hintergrund wir uns an ein Ereignis erinnern, verändert sich die Beurteilung und Einordnung des Geschehenen. Es gibt also nicht die eine Erinnerung an ein Ereignis, sondern immer viele individuelle Erinnerungen, die je nachdem, wie sie sich zusammensetzen, welche Aspekte betont und welche Sichtweisen ausgeblendet werden, sehr unterschiedliche Bilder und Interpretationen des Vergangenen ergeben. Woran wir uns erinnern, ist ebensowenig statisch wie das, woran erinnert wird, sondern über die Zeit veränderbar. Wer sich aus welcher Position erinnert, spielt dabei ebenso eine Rolle wie die Machtverhältnisse, in die die Erinnerungen eingebettet sind und durch die sie re-

produziert werden.

Für die argentinische Soziologin Elisabeth Jelin ist Erinnerung immer das Ergebnis einer Auseinandersetzung oder eines Dialogs:

„Ich glaube nicht an dieses Bild der Erinnerung als etwas, was man in sich trägt und herausbringen muss. Vielmehr ist sie das Produkt eines Dialogs, der nicht immer harmonisch sein muss. Der Ort also, an dem Vergangenheit und Erinnerung erst entsteht und mit Sinn versehen wird, ist ein Ort des Dialogs, aber auch des Kampfes zwischen verschiedenen Akteuren und Interessen. [...] So geht es nicht um die einzig gültige Erinnerung, sondern immer um eine Konstellation von Kämpfen, Auseinandersetzungen, Bilderzählungen und verschiedenen Sinn-Interpretationen der Vergangenheit. Es geht um die Anerkennung der Tatsache, dass wir die Wahrheit alle gemeinsam konstruieren.“¹

Wie erinnern wir uns an den 19. Juli 1979?

Inzwischen sind 28 Jahre vergangen. Der 19. Juli ist in Nicaragua ein offizieller Feiertag und die Feierlichkeiten zur Revolution sind ein von der FSLN veranstaltetes alljährlich stattfindendes Ritual auf dem Platz der Revolution, zu dem sich immer noch Zigtausende mobilisieren lassen.

Für die internationalistische Linke in Deutschland spielt der 19. Juli kaum noch eine Rolle. Während dieser Tag in den 80-er Jahren ein Anlass war, die Korken knallen zu lassen, fand er in den letzten Jahren lediglich zum 25-jährigen Jahrestag größere Beachtung und wurde sonst aber weitgehend ignoriert. Vor allem die jüngeren von uns haben keine persönlichen Erinnerungen an die Zeit der nicaraguanischen Revolution und sind auf Bücher, Fotos und Erzählungen angewiesen, um sich ein Bild zu machen. Dass der 19. Juli 1979 allmählich in Vergessenheit gerät, liegt jedoch vermutlich weniger an der Zeit, die seit damals vergangen ist, als an der Wahl-niederlage der Sandinist_innen von 1990, die gleichzeitig das Ende vieler Hoffnungen und Träume bedeutete.

Sergio Ramirez schreibt in seinen Erinnerungen an die sandinistische Revolution: „[...] die Revolution muss, nach diesem Jahrhundert der zerbrochenen Träume, ohne Chro-

nisten auskommen, während sie in den Jahren, als sie die Welt erschütterte, so viele besaß. [...] Ein ungerechtes Vergessen. In den Chroniken des 20. Jahrhunderts fehlt die sandinistische Revolution meist. Weil sie scheiterte und den Lauf der Geschichte schließlich doch nicht so änderte, wie wir es angenommen hatten, oder weil sie sich nach der heutigen Meinung vieler nicht gelohnt hat, ein Unterfangen war, das in einer großen Frustration und einer riesigen Enttäuschung endete. Oder weil sie verfälscht wurde. Doch hat sie sich unterm Strich nicht doch gelohnt?“²

Warum ist es uns wichtig, an den 19. Juli 1979 zu erinnern?

Auch jenseits von Revolutionsromantik und Nostalgie ist es uns wichtig, an den 19. Juli 1979 zu erinnern. Der 19. Juli ist mehr als ein Datum, er ist eine alljährlich wiederkehrende Möglichkeit, die Kämpfe und die Solidarität zu würdigen, die die nicaraguanische Revolution ermöglicht haben. Die Erfolge und Niederlagen gegeneinander aufzurechnen und eine solche Bilanz als Maßstab für die Bewertung des nicaraguanischen Befreiungskampfes heranzuziehen macht dabei wenig Sinn. Wichtiger ist uns eine kritische Aufarbeitung dieser Zeit, um unser gegenwärtiges und zukünftiges politisches Handeln vor diesem Hintergrund zu reflektieren. Die sandinistische Regierungszeit während der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zu verklären, ist dabei ebenso wenig hilfreich, wie diese Zeit ausschließlich durch die Brille der Wahlniederlage von 1990 zu betrachten. Wichtig dagegen ist uns, daran zu erinnern, dass auch scheinbar aussichtslose Kämpfe erfolgreich sein können, dass für emanzipative Veränderung einzutreten auch bedeutet, dass wir uns nicht in autoritären, sondern in kollektiven Strukturen organisieren, und dass es, wenn wir in einer selbstbestimmteren, freieren und gleichberechtigteren Gesellschaft leben wollen, nicht nur um den einen großen Kampf geht, sondern auch und vor allem um die vielen kleinen Kämpfe, die tagtäglich geführt werden müssen.

¹ Elisabeth Jelin, *LateinamerikaNachrichten* 363/364, S. 36f.

² Ramirez, Sergio: *Adios Muchachos!* Wuppertal, 2001, S.13

Deswegen wollen wir uns erinnern.

An was erinnern sich unsere Partner_innen in Nicaragua, El Salvador und an was wollen sie erinnern? Sind die Daten, die wir von außen für wichtig halten, die gleichen? Wir konnten nur mutmaßen, versuchten uns vorzustellen, aber stellvertretend für sie zu reden, das konnte auch nicht sein. Deshalb fragten wir einige Partner_innen. Aus El Salvador bekamen wir viele Antworten, aus Nicaragua eine.

Antwort von Damian Alegría

Damian Alegría kommt innerhalb der FMLN vom Flügel der Kommunistischen Partei El Salvadors (PCS),

von Monsignore Romero vom Vortag unterhalten, wie mutig er war und wie er sich mit dem Streben der armen

kerung erzeugten, sodass viele die Körperteile von zerstückelten Menschen, das Werk der Todeschwadronen, die neben die Körperteile Drohbotschaften an die von ihnen so genannten Kommunisten legten, die im Allgemeinen Gewerkschaftsmitglieder, Bauern, Professoren, Studenten etc. waren, die den Mut hatten, gegen die Repression und den von den Militärs begangenen Wahlbetrug zu protestieren, lieber nicht sahen.

Aber ich erinnere mich auch daran, dass viele Menschen trotz allem und trotz des Terrors, den diese Bilder hervorriefen, Mut fassten und sich für den Kampf wappneten, sicher wissend, dass sie zwar irgendwann sterben würden, aber in dem Bewusstsein, dass sie angesichts der ganzen Bosheit nicht mit verschränkten Armen sitzen bleiben konnten.

Ich erinnere mich daran, wie mir bei meinen ersten Guerillaaktionen die Beine zitterten und wie ich diese Angst überwinden lernte, im Gefecht, im Gefängnis, beim Kampf in der Stadt.

Ich erinnere mich an das Leiden vieler Mütter und Väter, Kampfgefährtinnen und -gefährten, die einsam und alleine weinten bei der Erinnerung an ihre Kinder und sich selbst das Versprechen gaben, unermüdlich für die Schaffung eines Landes zu kämpfen, in dem es Gerechtigkeit und Glück für alle geben würde, speziell für die Allerärmsten.

Und ich erinnere mich auch an die Freude angesichts der Beendigung des Krieges, das unendliche Glück zu wissen, dass wir zurückkehren und unsere Freunde wiedersehen würden und dass



Grupo FMLN California

dessen Generalsekretär Schafik Hándal war. Er führt in San Salvador das Hotel Oasis, in dem seit vielen Jahren die El Salvador-Brigaden des Ökumenischen Büros Unterkunft finden.

1. Erinnerst Du Dich an den 24. März 1980? Wo warst du an diesem Tag und was hast du gemacht?

An diesem Tag war ich mit einer Gruppe Compañeros zusammen und arbeitete mit ihnen an einigen Details der organisatorischen Arbeit, die für den Fortschritt im revolutionären Kampf nötig waren.

Wir hatten uns über die Predigt

Bevölkerung von El Salvador nach Gerechtigkeit identifizierte. Am nächsten Tag war ich verzweifelt, da mir einige meiner Compañeros erzählt hatten, was sich am Tag zuvor ereignet hatte. Ich fragte mich, wie weit diese Militärs wohl gehen würden in ihrem Eifer, das Verlangen nach Gerechtigkeit in unserem Land zu unterdrücken.

2. Erinnerst Du Dich selbst, oder jemand aus deiner Familie oder deinem Bekanntenkreis, an die Jahre des bewaffneten Konfliktes? An was Erinnerst Du dich?

Ja, ich erinnere mich an die Angst, die die Militärs in der ganzen Bevöl-

wir überall im Land frei auf den Straßen herumlaufen würden, ohne die Angst, wegen unserer politischen Überzeugungen verfolgt zu werden, und wie wir unseren im Kampf gefallenen Kameraden versprochen, ihre Träume, ihren unnachgiebigen Kampf und ihre Liebe zu den Besitzlosen nie zu vergessen.

3. Welche Bedeutung haben diese Erinnerungen heute?

Mir dienen sie dazu, den Liebes- und Blutspakt mit meinem Volk hochzuhalten, mit seinem Streben nach Demokratie, Gerechtigkeit und Glück für alle. Das war nicht einfach ein weiteres Kapitel unserer Geschichte, das war die schönste Seite unseres Lebens, die uns erlaubte, in eine neue Etappe [in der Geschichte] unseres Landes einzutreten, nämlich auf den langen Weg hin zu mehr Entwicklung für unser Volk, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch hin zu größerem Nationalstolz, mehr kultureller Entwicklung, Verwirklichung einer menschlichen Entwicklung.

4. Wie wird heute an den bewaffneten Konflikt und die Aktivitäten der Todesschwadronen erinnert?

Viele Menschen haben eine traurige Erinnerung an all das, was sie während des bewaffneten Kampfes erlitten haben, daran, wie sie ihre Familie verloren, ihre Kinder, ihre liebsten Freunde und Freundinnen. Vielen Menschen sträuben sich immer noch die Haare und sie fangen an zu weinen bei der Erinnerung an jene bittere und unheilvolle Nacht, als die Todesschwadronen ihre Lieben entführten und sie unter grausamsten Folterungen ermordeten. Die Mehrheit der salvadorischen Bevölkerung will keinen neuen bewaffneten Konflikt und wünscht, dass die Praktiken der Todesschwadronen auf immer verschwinden. Der Gedanke daran, dass sie wieder mitten in der Nacht an unsere Türen klopfen könnten und mit großer Grausamkeit unsere Kinder, Verwandten, Freunde töten, erfüllt uns mit Schrecken. Deshalb fordern wir von der Regierung, dass sie das Gesetz respektiert und nicht zu den in

den 1970er-Jahren üblichen Praktiken des Wahlbetrugs zurückkehrt. Das Problem dabei ist, dass die ARENA-Regierungen dabei sind, erneut zu diesen unheilvollen Praktiken der Vergangenheit zu greifen.

5. Wird im Rahmen des schulischen Lehrplans die Geschichte des bewaffneten Konfliktes in El Salvador behandelt?

Ja, aber sehr halbherzig. Man bildet sich weder eine unvoreingenommene Meinung über die autoritären und repressiven Praktiken jener Zeit, noch vergleicht man sie mit den Praktiken der Regierenden heute. Es besteht die Gefahr, dass man die Vergangenheit auf sehr akademische Weise studiert, ohne zu zeigen, dass einige der heutigen politischen Praktiken die gleichen sind, wie sie vor dem Konflikt angewendet wurden, und die schließlich zum Bürgerkrieg führten.

Übersetzung: Eva-Maria Bach

Antwort von César Villalona

César Villalona ist von Beruf Wirtschaftswissenschaftler und stammt aus der Dominikanischen Republik. Seit vielen Jahren lebt und arbeitet er in El Salvador. Dort ist er Mitarbeiter der Nichtregierungsorganisation „Equipo Maiz“ und schreibt regelmäßig in der Zeitung Colatino.

1. Erinnerst Du Dich an den 24. März 1980? Wo warst Du an diesem Tag und was hast Du gemacht?

An dem Tag war ich zu Hause in Santo Domingo, Dominikanische Republik, und lernte. Damals war ich im zweiten Jahr meines Wirtschaftstudiums an der Autonomen Universität Santo Domingo. Am nächsten Tag erfuhr ich, dass die salvadorianischen Todesschwadronen Erzbischof Monsignore Romero ermordet hatten. Er

hatte die Morde an der Bevölkerung während der dritten Regierungsjunta, die durch den Putsch der bürgerlichen und militärischen Kräfte 1979 an die Macht gekommen war, verurteilt. Romero verurteilte auch die Unterstützung der Vereinigten Staaten für besagte Junta.

2. Was sind die zwei, drei wichtigsten Erinnerungen aus der Zeit des bewaffneten Konfliktes?

Die wichtigste Erinnerung ist die an meinen Eintritt im August 1985 in die Kommunistische Partei von El Salvador, eine der fünf Guerillaorganisationen, die die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) bildeten, die sich der Militärdiktatur, die die Regierung von Napoleón Duarte unterstützte, entgegensetzte.

Die zweitwichtigste ist die Offensive von 1989, die von der FMLN gestartet wurde, um die Regierungstruppen zu besiegen und die Macht zu übernehmen. Das war eine sehr mutige und heroische Aktion, mit der zum ersten Mal während des Krieges der militärische Konflikt vom Land in die wichtigsten Städte getragen wurde.

Und dann noch die Ermordung der sechs Jesuitenpater und ihrer zwei Hausangestellten durch das Bataillon Atlacatl, eine der repressivsten Einheiten der bewaffneten Kräfte El Salvadors (FAES). Dieses Ereignis hatte eine große Wirkung und trug entscheidend zur Beendigung des Krieges bei, da dieses Ereignis die FAES, die den Verhandlungen mit der FMLN zur Beendigung des Konfliktes den größten Widerstand entgegensetzte, schwächte.



Tod und Zerstörung nach Kämpfen zwischen Heer und Guerilla 1983, Quelle: Equipo Maiz

3. Welche Bedeutung haben diese Erinnerungen für Dich heute?

Mein Beitritt zur FMLN als aktiver Internationalist war sehr wichtig in meinem Leben. Ich habe sehr viel gelernt in dieser Zeit. Ich konnte ganz andere Erfahrungen machen als in der Zeit in der Dominikanischen Republik und eine Art, Politik zu machen, kennen lernen, nämlich die der salvadorianischen Linken, die sich sehr von der der dominikanischen Linken unterscheiden, die im Allgemeinen wenig überlegt und eher sehr spontan handelte.

Jeder Krieg, als Kombination von militärischem, politischem, wirtschaftlichem, diplomatischem und propagandistischem Kampf, ist eine gute Schule. Ich habe auch, seit meinem Beitritt zur salvadorianischen Linken bis heute, die Realität von El Salvador analysiert und viel darüber geschrieben, im Wesentlichen über die wirtschaftliche Entwicklung. Das hat es mir ermöglicht, Forschen zu lernen und meine Kenntnisse über Ökonomie zu erweitern.

Die Offensive von 1989 rief das Gefühl hervor, gesiegt zu haben. Zu guter Letzt endete der Krieg mit einer Verhandlung, die zwar nicht an der herrschenden Macht rüttelte, aber doch die Militärdiktatur beendete und die salvadorianische Gesellschaft und den Staat demokratisierte. Die Offensive von 1989 zeigte, wie groß die

Macht der FMLN war, was dazu beitrug (auch wenn es nicht entscheidend war), den Friedensvertrag zu beschleunigen. Geschichtlich gesehen ist das ihre Hauptbedeutung.

Die Ermordung der Jesuitenpater und ihrer Hausangestellten zeigte, wie weit der staatliche Zwangsapparat zu gehen imstande war. Es handelte sich nicht um eine Demonstration von Stärke, sondern um Rache, die die Brüchigkeit des Heeres demonstrierte. Diese Tat hat ebenfalls die Friedensverhandlungen beschleunigt, da sie die Streitkräfte spürbar schwächte und isolierte.

4. Wie wird heute an den bewaffneten Konflikt und die Aktivitäten der Todesschwadronen erinnert?

In den Gemeinden, die am meisten zu leiden hatten, und in dem Teil der Bevölkerung, in dem das Andenken an die Gefallenen bewahrt wird, ist die Erinnerung an den Krieg und die Todesschwadronen ziemlich traumatisch. Ich spreche hier von einem großen Teil der Bevölkerung, denn der Krieg hat 70.000 Menschen das Leben gekostet und Tausende zu Krüppeln gemacht.

Unter denen, die über 30 Jahre alt sind, die diese Zeit erlebt haben, rufen die Erinnerungen an die Todesschwadronen Abwehr hervor. Man hat auch Angst vor einer Wiederkehr dieser paramilitärischen Gruppen und ih-

rer repressiven Praktiken. Sogar die Rechte, die nicht unter den Todesschwadronen litt, weiß, dass das Land einen neuen Konflikt erleben wird, sollten diese wiederbelebt werden, vielleicht einen noch größeren Konflikt, bedenkt man die angehäuften Erfahrungen der Linken, deren politisches Gewicht im nationalen Leben größer ist als das der Rechten, obwohl die Rechte sich mit Betrug an die Macht zu bringen weiß.

In der Erinnerung der neuen Generationen bilden der Krieg und die Taten der Todesschwadronen keinen Schwerpunkt. Abgesehen von der politisierten Jugend, die immer eine Minderheit ist, interessiert sich die Mehrheit der jungen Menschen nicht für diese Geschehnisse und hat keine Meinung dazu.

Die FMLN feiert einige symbolische Daten des Krieges, vor allem die Offensiven von Januar 1981 und November 1989. In ihrer ansehnlichen militanten Geschichte ist der Krieg kein Trauma, sondern eine großartige historische Tat und der Erinnerung wert. Die FMLN und die Menschenrechtsorganisationen sind auch diejenigen, die auf einige Praktiken aufmerksam machen, die an die Todesschwadronen erinnern, vor allem während der Wahlen.

5. Wird im Rahmen des Lehrplans an den Schulen die Geschichte des bewaffneten Konfliktes in El Salvador behandelt?

Ja, aber mit einem ganz offensichtlich neutralen Fokus, der viele Massaker der FAES nicht erwähnt, die Verantwortlichkeiten nicht benennt und den Konflikt als Ergebnis des Kalten Krieges darstellt. Diese Darstellung trägt weder dazu bei, die Ursachen des Krieges noch die Gültigkeit des revolutionären Kampfes zu verstehen, der sich entwickelt hat, da sich der „Rechtsstaat“, nach dem Wahlbetrug der Oligarchie und des Militärs von 1972 und 1977 und der starken Repression der ausgebeuteten Klasse und ihrer Organisationsstrukturen, speziell der Repression gegen die arme Landbevölkerung, die nach Land und Unterstützung durch die Regierung rief, selbst verleugnete.

Übersetzung: Eva-Maria Bach

Antwort von Angel Ibarra

Er ist Präsident des salvadorianischen Umweltverbandes UNES (Unidad Ecológica Salvadoreña), Mitglied in verschiedenen Netzwerken (z. B. Red Sinti Techan) der sozialen Bewegungen in Zentralamerika und einer der aktivsten Intellektuellen in der Region.

1. Erinnerst Du Dich an den 24. März 1980? Wo warst du an diesem Tag und was hast du gemacht?

Im März 1980 machte ich in der heißen Stadt Pasaquina im Departamento La Unión im Westen des Landes mein soziales Jahr, das Pflicht war für den Abschluss in Medizin an der Universität von El Salvador. An jenem Tag gab es viel Arbeit in der Poliklinik, da täglich im Schnitt 80 Patienten_innen kamen, meistens Kinder.

Die Meldung im Radio überraschte mich nach dem Abendessen, gerade als ich einige schwierige Fälle aus der Klinik, mit denen ich an diesem Tag konfrontiert worden war, studieren wollte. Angesichts der unerwarteten und niederschmetternden Nachricht und der anfänglichen Ungläubigkeit, ob das auch stimmte, rief ich ein paar Freunde an, um mir die Meldung bestätigen zu lassen; dann kam das Gefühl von Ohnmacht, Kummer und Schmerz, das ich mit verschiedenen Personen in der Stadt teilen konnte, die wie ich treue Anhänger_innen des Monsignor waren.

Obwohl wir wegen der Repression in einer schwierigen Zeit lebten und einige von uns schon verfolgt wurden, erwachten wir vereint in dem tiefen Schmerz, den uns sein Tod bereitete, wir verharrten in einer Art österlicher Wache, von diesem Augenblick an seine Wiederauferstehung erwartend.

2. Was sind deine zwei, drei wichtigsten Erinnerungen an die Zeit des bewaffneten Konfliktes?

Wenn man einen so blutigen Krieg überlebt wie den unseren, sind alle Momente wichtig, alle Erinnerungen nachdrücklich. Trotzdem gibt es einige, die mich persönlich mehr berühren, von denen ich folgende erwähnen möchte:

- Der gewaltsame Tod meiner beiden

Neffen durch das Militär (1981 und 1986), die verrückte, ungestüme und nutzlose Suche nach ihren verstümmelten Körpern, die wir nie fanden; die Überzeugung, dass sie in den vielen anderen jugendlichen Kämpfern und Kämpferinnen für die Gerechtigkeit weiterlebten.

- Als mich die Todesschwadronen im April 1983 fingen, war ich vier Tage lang verschwunden, dann verlegten sie mich in ein Gefängnis der Nationalpolizei, die angesichts des internationalen Drucks und der internationalen Öffentlichkeit zugab, dass sie mich festgenommen hatte; dann die über acht Monate meines



Angel Ibarra von UNES

Quelle: www.diariocolatino.com

Lebens als politischer Gefangener im Gefängnis Mariona, San Salvador.

- Die solidarische Geste eines jungen Kämpfers der FAL, der in einem kritischen Moment während der Offensive vom November 1989, in Ciudad Delgado, als uns das Militär schon umzingelte, den Rückzug der Zivilbevölkerung, des medizinischen Personals und der Verletzten unter Risiko und Hingabe seines eigenen Lebens deckte.

3. Welche Bedeutung haben diese Erinnerungen heute?

Sie geben meinem Leben Sinn, sowohl meinem persönlichen wie dem sozialen. Nie wieder habe ich so eine Kameradschaft und Solidarität gespürt oder gelebt wie damals, nie wieder so

eine kollektive Anstrengung für ein würdiges Leben und Gerechtigkeit, so eine Hingabe und solche Opfer für andere. Diese Erinnerungen, so schmerzhaft sie auch erscheinen, motivieren mich, weiterhin rebellisch zu sein, für Frieden und Gerechtigkeit und seit Kriegsende als aktiver Umweltschützer für eine gesellschaftliche und die Umwelt betreffende Nachhaltigkeit zu arbeiten und zu kämpfen.

4. Wie wird heute an den bewaffneten Konflikt und die Aktivitäten der Todesschwadronen erinnert?

Der Krieg wird als die höchste Stufe der Konfrontation zwischen zwei Projekten oder Visionen der salvadorianischen Gesellschaft gesehen: Zunächst der Krieg der verbrannten Erde, dann der Krieg niederer Intensität, wie die überlegte Aggression, um Terror und Tod zu säen. Und die revolutionäre Bevölkerung als das notwendige Opfer, um weiterhin der Utopie der Befreiung Leben zu verleihen.

Die Todesschwadronen werden als das erinnert, was sie waren: das schmutzige und illegale Gesicht des Regimes, das Gesicht dessen, zu was die Machthaber fähig sind, wenn ihre Privilegien in Gefahr sind.

Übersetzung: Eva-Maria Bach



Antwort von Héctor Fernández

Héctor Fernández war Rektor der Lutherischen Universität in San Salvador (Universidad Luterana Salvadoreña - ULS) und ist derzeit Koordinator des Instituto Ecuménico Diaconal - Esteban. Außerdem ist er Mitarbeiter der lutherischen Kirche von Honduras.

1. Erinnerst Du Dich an den 24. März 1980? Wo warst Du an diesem Tag und was hast Du gemacht?

Damals war ich jung und jung zu sein war praktisch ein Verbrechen. Dieses Gefühl vermittelte einem die damalige Regierung, ihr militärischer und politischer Apparat.

Ich lebte in San Miguel, im Westen des Landes. Am Vormittag jenes Tages war ich zusammen mit Studienkollegen in der Nationaluniversität. Wir waren etwas nervös, da in den umliegenden Straßen viel Militär und die Stimmung sehr angespannt war. In der vorherigen Nacht gab es in einer Straße im Zentrum der Stadt einen Zusammenstoß zwischen Regierungssoldaten und einer Gruppe Guerilleros. Eine Kirche im Stadtzentrum war von Menschen in Zivil besetzt worden, die gegen die in ihrem Dorf erlittene Repression protestierten.

Die Soldaten hatten sich in der Umgebung der Universität postiert und verbreiteten Angst mit ihrer Haltung und ihrer Art zu marschieren, die sehr an das deutsche Militär im Zweiten Weltkrieg erinnerte. Man hatte das Gefühl, dass der Tod neben einem herging.

Voller Angst saßen wir am Nachmittag bei mir zuhause. Die Angst war in jener Epoche etwas alltägliches. Angst vor den Agenten der Nationalgarde und den Truppen der bewaffneten Streitkräfte, die Tag und Nacht durch die Straße patrouillierten, in der unser Haus lag. Angst vor den Todesschwadronen. (...)

Trotz all dem versuchten wir zu leben. An jenem schrecklichen Tag wa-

ren wir alle bei uns zuhause beim Abendessen mit zwei Freunden von der Universität, als die Nachricht im Radio kam (...). Diese Nachricht traf uns alle im Haus wie ein Schlag, mich überlief es am ganzen Körper heiß und kalt, man spürte förmlich die Angst. Wenn sie nun schon den Erzbischof umgebracht hatten, wer garan-



Héctor Fernández,

Quelle: www.diariocolatino.com

tierte uns nun das Leben?

Alle im Haus schätzten wir den Monsignor, hatten Respekt vor ihm, und mit jener Nachricht fühlten wir uns ohnmächtig und traurig, alles begleitet von Zorn, da man sich schon vorstellte, wer Monsignor Romero umgebracht haben könnte. Wir waren tief traurig.

2. Erinnerst Du Dich selbst oder jemand aus Deiner Familie oder Deinem Bekanntenkreis an die Jahre des bewaffneten Konfliktes? An was Erinnerst Du Dich?

Es gibt viele Erinnerungen, einige angenehm, andere nicht so sehr. (...)

Ich war mit anderen in studentischen Organisationen organisiert, wir forderten unsere Rechte als Studenten, also versuchte die Regierung, die Studiengebühren für die staatliche Universität zu erhöhen. Da die wirtschaftliche Lage unserer Familien wegen der hohen Lebenshaltungskosten an sich schon schlecht war, konn-

te man sehen, dass es ihnen durch die Erhöhung der Gebühren noch schlechter gehen würde.

Als Jugendliche erlebten wir, mitten in dieser schwierigen Situation, angenehme, fröhliche Momente, auch wenn ich mich daran erinnere, wie sich unsere Mütter und Väter jedes Mal große Sorgen machten, wenn wir aus dem Haus gingen, niemand konnte sicher sein, wieder lebendig zurückzukommen, wenn man das Haus verließ. Ich erinnere mich, dass Turnschuhe und Jeans praktisch verboten waren, man sagte, so seien die Guerilleros angezogen.

Viele unserer Compañeros und Compañeras aus demselben Studienjahr waren „verschwunden worden“, einige flohen aus dem Land und wir, die wir uns entschlossen hatten zu studieren, wurden immer weniger. (...)

Nach der Ermordung von Mons. Romero verschlimmerte sich die Lage immer mehr, man sah mehr Leichen auf den Straßen, nachts konnte man Schüsse aus verschiedenen Kalibern hören, die Wehklagen begannen immer andauernder zu werden.

Ich war in einer Freundesgruppe, mit zweien von ihnen war ich enger befreundet, und wir trafen uns zum Lernen und Diskutieren, wir gingen Limonade trinken und süße Teilchen essen, wir spielten Karten, versuchten, auf ein paar Instrumenten Musik zu machen, normalerweise übernachteten wir bei einem aus der Gruppe, um nicht nachts herumzuspazieren und um Probleme zu vermeiden. Als wir es am wenigsten erwarteten, wurde einer von uns, einer meiner engsten Freunde, auch ein Jurastudent, von den bewaffneten Kräften ermordet. Der Tod rückte immer näher. Aus Angst beschlossen ein anderer enger Freund und seine Familie zuerst umzuziehen, dann kam er nicht mehr in die Universität und schließlich beschloss die Familie, ihn zu verste-

cken und mit der Zeit außer Landes zu bringen.

In meinem Fall versteckten mich mein Bruder und ein anderer, ebenfalls lutherischer Pastor eine Zeit lang und brachten mich dann außer Landes, Richtung Mexiko.

In Mexiko studierte ich für einen Abschluss in Theologie und arbeitete im Büro der Menschenrechtskommission von El Salvador mit. Die Gewalt in El Salvador und die Verfolgung der Verfechter_innen der Menschenrechte zwangen die Kommission, ihre Büros ins Ausland zu verlagern und die Wahl war auf Mexiko gefallen. Dort tat ich mein möglichstes, um sie zu unterstützen. Viele Compañeros/as aus dieser Organisation wurden ermordet oder gefoltert. Man war einem gewissen Risiko ausgesetzt, da man nach El Salvador fahren musste, um die notwendigen Informationen für einige Fälle blutiger und offensichtlicher Menschenrechtsverletzungen des Heeres oder der Polizeibehörden zu verifizieren und zu erhalten. (...)

Mit Exilierten, Flüchtlingen, Freunden und Freundinnen aus der Arbeit und dem Studium sowie mit mexikanischen Freundinnen und Freunden erlebten wir sehr gute Momente, wir unterstützten uns gegenseitig in schwierigen Situationen, z. B. wenn einer die Nachricht erhielt, dass jemand aus der Familie oder ein Freund gestorben sei. Wir versuchten auch, die guten Sachen, Geburtstage und anderes, zu teilen, wir versuchten, ein einziger Körper zu sein, und bei vielen Gelegenheiten gelang uns das auch.

3. Welche Bedeutung haben diese Erinnerungen heute?

Für mich sind diese Erinnerung Teil meines Lebens, einige habe ich gerne, wie die Erinnerungen an meine Freunde und Freundinnen und die Erinnerung an die guten Zeiten, die wir zusammen verbrachten, andere Erinnerungen machen mich sehr wehmütig. Während ich das schreibe, fallen mir so viele Momente ein, die ich noch einmal erleben möchte. Ich erlebe auch noch einmal die Angst und den Schrecken, denn die Unterdrückung für die Jugendlichen in El Salva-

dor heute ist wieder groß. Das ist beängstigend.

Ich erinnere mich auch an die Gastfreundschaft, die Solidarität, die Einigkeit, die wir in der Glaubensgemeinschaft erlebten, mit den Freundinnen und Freunden in Mexiko und in den Büros der Menschenrechtskommission und wenn wir nach El Salvador reisten.

Ich glaube, dass heute alle diese Erinnerungen nützlich sind, für mich, meine Familie, meine Kinder und andere Jugendliche, mit denen ich zu tun habe.

Die Vergangenheit erhellt uns die Gegenwart.

Die Jugend will wissen, wie die Situation in jenen Jahren war. Der Lehrplan an Gymnasien und Universität enthält nichts über diese Zeit. Was es gibt ist eine mündliche Weitergabe der Ereignisse, und es gibt heute einige Bücher, die in Teilen die Taten jener Zeit erzählen.

Ich glaube, dass es wichtig ist aufzuzeichnen, aber ebenso wichtig ist es, jene Erinnerungen zu teilen, damit die Gewalt der Regierung nicht wieder in unserer Geschichte vorkommt.

Die Erinnerungen sind wichtig, sie sind Teil einer sehr schwierigen Epoche unseres Volkes. Ich hoffe, dass sich die schwierigen Situationen wie die extreme Gewalt nicht wiederholen, obwohl die Situation heute viele Ähnlichkeiten mit jener Zeit hat. Die Regierung antwortet mit Gewalt auf die Forderungen der heutigen Jugend, sie hat ihnen gegenüber Vorurteile wegen ihrer Art, sich anzuziehen, wegen des Haarschnitts, und reagiert mit repressiven Gesetzen.

Ich muss auch sagen, dass mir die Erinnerung an die lebende Stimme von Mons. Romero bis heute die Hoffnung und den Glauben gibt, dass mein Volk eines Tages zu neuem Leben erwacht und ein gerechteres, den Augen Gottes gefälligeres Leben leben wird.

4. Wie wird heute an den bewaffneten Konflikt und die Aktivitäten der Todesschwadronen erinnert?

Für die Personen, die unter den Todesschwadronen litten oder Zeugen wurden, direkte und indirekte Opfer ihrer Aktionen, wir erinnern es als den Hauch des Todes, die Heerscharen der

Hölle.

Roberto D'Aubuisson, Gründer und Förderer dieser Schwadronen, Gründungsmitglied der derzeitigen Regierungspartei und intellektueller Autor des Mordes an Mons. Romero, ist schon tot, aber die Rechte dieses Landes erinnert uns ständig an ihn, da jener Kriminelle für sie ein Held ist.

Dieser Sektor der Rechten möchte, dass der Mord vergessen wird, „Schwamm darüber, sagen sie“, aber das sagen sie, weil viele der Mörder, die noch immer frei herumlaufen, ihre Freunde sind und die Freiheit genießen, als ob sie nie etwas Schlechtes getan hätten. Einige haben sogar verantwortliche Posten in der Regierung oder in einem Unternehmen.

Es gibt auch Situationen, die uns an die Todesschwadronen erinnern. Zum Beispiel sind heute die Aktionen der organisierten Kriminalität eine aktuelle Form der Aktivitäten der Todesschwadronen, sie verursachen täglich eine Anzahl Toter, man spricht von 12 bis 17 Toten täglich allein im Einzugsgebiet von San Salvador.

Man darf nicht vergessen, dass ihre klandestinen Strukturen mit dem Ende des bewaffneten Konfliktes nicht verschwunden sind, sie arbeiten klandestin und mit der Unterstützung der rechten Regierung, des Heeres und der nationalen Zivilpolizei und ihrer Geheimdienste, die man heute „Geheimdienst gegen den Terrorismus“ nennt, weiter.

An den bewaffneten Konflikt erinnern sich weite Kreise der Bevölkerung als etwas notwendiges, als Verteidigung der Bevölkerung gegen die Repression durch die Regierung, als etwas, das viele Leben betroffen hat, eine Erfahrung, die wir nicht noch einmal machen wollen. Wir haben viele Freundinnen und Freunde und Familienangehörige verloren.(...)

Die strukturellen Ursachen, die den Konflikt verursachten, existieren heute noch. Tagtäglich kann man die Ungerechtigkeit mit ihrer Gewalt beobachten, die Armut und ungerechte Verteilung des Reichtums ist heute noch ausgeprägter als in jener Zeit, zusätzlich schlägt sich die terroristische Gewalt der Regierung in den gegen die Bevölkerung gerichteten Gesetzen nieder, die die Jugend dieser

Generation unterdrücken und die Aktionen der Polizei erinnern sehr an die schwierigen Momente, wie sie in der Epoche des Konfliktes entstanden waren.

Die massive tagtägliche Migration von Salvadorianer_innen, in ihrer Mehrheit junge Leute, ist ein Zeichen dafür, dass sich das Land in einer kritischen, da viel zu ungerechten, Lage befindet.

5. Wird im Rahmen des schulischen Lehrplans die Geschichte des bewaffneten Konfliktes in El Salvador behandelt?

Nein. Vor ein paar Jahren, ich glaube, das war 2005, nahm das Bildungsministerium mexikanische

Lehrer_innen und Forscher_innen unter Vertrag. Diese erarbeiteten eine dreibändige Geschichte El Salvadors, die an einigen Bildungszentren und Universitäten verteilt wurden. Sie war inhaltlich sehr gut, unparteiisch, wissenschaftlich, sie stellte unter anderem historische Ereignisse wie den indigenen Aufstand von 1833 unter dem indigenen Anführer Anastasio Aquino und den Volksaufstand von 1932 dar. Sie erwähnten sowohl Farabundo Martí wie den historisch bedeutenden Generalstreik, durch den 1944 der Militärdiktator Hernández Martines gestürzt wurde. Leider verbot das Bildungsministerium sofort diese Lehrtexte und zog sie zurück.

Nach kurzer Zeit wurden sie durch andere Texte ersetzt, in denen diese Themen nicht erwähnt werden, und wenn sie erwähnt werden, werden sie oberflächlich und manipuliert dargestellt. Die Geschichte existiert leider weiterhin nur unterschwellig, sie ist nicht Teil der Bildung der neuen Generationen und trägt nicht dazu bei, dass Konflikte wie jener nicht wieder aufleben.

Ich denke, dass, weil die gegenwärtige Regierung rechts ist, Aspekte wie der erwähnte für sie nicht wichtig sind.

Übersetzung: Eva-Maria Bach

Antwort von William Grigsby

Der Journalist William Grigsby ist Leiter von Radio La Primerísima, des zweitwichtigsten Radios im Westen Nicaraguas. Außerdem erscheinen von ihm regelmäßig Beiträge in „envío“, der wichtigsten politischen Monatszeitschrift Nicaraguas.

1. Erinnerst Du Dich an den 19. Juli 1979? Wo warst Du an diesem Tag und was hast Du gemacht? Gibt es eine für Dich besonders wichtige

Erinnerung an diesen Erfolg?

Wegen meiner in Nicaragua eher ungewöhnlichen physischen Erscheinung (blond, groß, blaue Augen) hatte mich die Nationalgarde als einen „Subversiven“ registriert und identifizierte zusätzlich alle Leute, die mich begleiteten, egal wann und wo, ebenfalls als Subversive. Deshalb musste mich die Frente Sandinista außer Landes schicken, und ich fing an, in der

Auslandsabteilung in Costa Rica und später in Panamá zu arbeiten. Am 19. Juli 1979 war ich zwischen Lima, Peru und La Paz, Bolivien unterwegs, auf einer Rundreise für mehr Unterstützung. Ich erfuhr von dem Triumph, als ich in der bolivianischen Hauptstadt zu einem Treffen mit Loyola Guzmán, der einzigen überlebenden Guerillera der Bewegung um Che Guevara, unterwegs war. Ich wusste schon, dass Somoza aus dem Land geflohen war, aber ich glaubte, dass mit dem Angriff auf Managua der Krieg weitergehen würde. Als ich an der Treppe zur Universität von La Paz vorbei ging, sah ich aus dem Augenwinkel heraus den Titel einer Tageszeitung: „Sandinisten ziehen in Managua ein. Nationalgarde entledigt sich ihrer Uniformen.“. Es war die Zeitung „Presencia“ (gibt es nicht mehr), die von der katholischen Kirche Boliviens veröffentlicht wurde. Ich bat meine Begleitung, mir ein Exemplar zu kaufen. Ich konnte nichts anderes tun, als die Meldung immer wieder zu lesen. Abends, als ich wieder im Haus des Methodistenpfarrers Mathías war, wo ich wohnte, schloss ich mich im Bad ein und weinte heftig, über eine Stunde lang.

2. Was bedeutet dieser Sieg für Dich persönlich?

Seit dem 19. Juli 1979 gibt es für



William Grigsby Vado



alle in Nicaragua ein Vorher und ein Nachher. Auch mein Leben änderte sich gründlich. Ich konnte wieder ins Land zurückkehren, konnte an der Veränderung der Lebensbedingungen der Menschen (das Hauptmotiv für den Kampf) mitarbeiten und meinem ganz persönlichen Friedhof der Held_innen und Märtyrer_innen meine Ehre erweisen, meinen im Kampf gefallenen oder von der Nationalgarde ermordeten Freund_innen und Kampfgefährten_innen.

3. Welche Erinnerungen an diese Epoche hoffst Du, wird die Gesellschaft nie vergessen?

Was den Somozismus angeht: dass wir nie vergessen, dass wir unter der Diktatur keine Freiheit hatten, nicht einmal Redefreiheit. Und dass wir heute, als Ergebnis dieses Kampfes, Redefreiheit, Mobilisierungsfreiheit und Organisationsfreiheit haben.

Am 19. Juli 1979 wurden die politischen Rechte der Nicaraguaner_innen erobert. Und was die glorreichen Jahre der Revolution angeht: das wichtigste für mich ist, dass wir damals alle gemeinsam arbeiteten, weil wir uns, zutiefst inspiriert von der Solidarität untereinander und mit den Ärmsten, dazu berufen fühlten, ohne eine Gegenleistung zu erhoffen und oft auch nichts zu bekommen. Das sind Werte, die im Augenblick nicht mehr wichtig sind: in der Mehrheit haben wir sie vergessen.

4. Was wird in Nicaragua unternommen, um die Erinnerung an den Triumph der Revolution zu bewahren? Hat sich im Laufe der Jahre die Form verändert, in der dieser Erfolg festgehalten wird? Wird die Revolution im Rahmen des schulischen Lehrplans behandelt? Wie bewertest Du die Art und Weise, in der die Erinnerung an den Triumph der Revolution bewahrt wird?

Leider wissen die nachfolgenden Generationen praktisch nichts von dieser Heldentat. Und das ist die Schuld der Generation, die die Revolution gemacht hat. Nach der Wahlniederlage kümmerte sich jeder um sich selbst, darum, seine eigenen Probleme zu lösen und vergaß darüber alle und alles andere. Ich erinnere mich, dass 1992, als es eine intensive interne Diskussion über die Richtung der FSLN gab, nicht offiziell zur Feier des 19. Juli aufgerufen wurde. Allein Radio La Primerísima rief dazu auf. Trotzdem kamen noch über 20.000 Menschen, um der Helden zu gedenken. Den Platz (der Revolution; Anm. d. Ü.) konnten wir nicht füllen, und von den acht Parteiführern (Carlos Núñez war schon gestorben) kamen nur zwei, Daniel Ortega und Tomás Borge.

Heute bewahren wir, die wir in jener Zeit gelebt haben, die Erinnerung an den Triumph der Revolution: diejenigen, die zum Sturz der Diktatur beigetragen haben und die Besiegten.

Aber die jungen Generationen wissen nicht genug darüber, um zu verstehen, was jener 19. Juli aus politischer und historischer Sicht bedeutete. Es ist ein Festtag, aber die Jungen wissen nicht so recht, was sie feiern. Es ist ein freier Tag, aber nur sehr wenige erinnern sich an unsere Toten. Weder von Staatsseite (über die Schulen) noch von Seiten der Partei und der sozialen Organisationen wird systematisch daran erinnert.

Meiner Meinung nach müsste die FSLN es als ihre ureigene Aufgabe sehen, den Jungen die Ursprünge des Kampfes zu vermitteln, wie er sich entwickelt hat, die Namen derjenigen, die ihr Leben gaben für die Freiheit und die Revolution, die Art und Weise, wie wir dem Ansturm des imperialistischen Krieges widerstanden haben. Jetzt hat die Frente die historische Gelegenheit, die Taten und Protagonist_innen der sandinistischen Volksrevolution für die Ewigkeit zu bewahren.

Übersetzung: Eva-Maria Bach



Ernesto Salmerón

Auras de Guerra



„El Gringo“ auf dem Wege nach Venedig. Quelle: www.ernestosalmeron.com

(*ea*) Der nicaraguanische Künstler Ernesto Salmerón, der sich seit zehn Jahren mit der jüngsten Geschichte seines Landes auseinandersetzt, nimmt mit „Auras de Guerra“ (Ausstrahlungen des Krieges) an der 52. Biennale in Venedig (10. Juni - 21. November 2007) teil.

„Auras de Guerra“ ist eine Installation, bestehend aus den beiden Teilen: „El Muro“ (Die Mauer) und „El Gringo“ (Der Ami). „El Muro“ ist ein zwei Tonnen schweres Stück einer halb verfallenen Mauer aus der Stadt Granada, auf dem die verblichene Kontur eines Kopfes von Sandino zu sehen ist. „El Gringo“ ist ein LKW der Marke IFA, ein Fabrikat der ehemaligen DDR. Diese robusten LKWs wurden in den 80er Jahren, zur Zeit der sandinistischen Regierung, sehr häufig verwendet, auch im militärischen Bereich im Kampf gegen die Contra. Auf dem LKW „El Gringo“ ist „El Muro“ in den letzten Monaten nach Venedig gereist.

Die Veranstalter_innen der 52. Biennale in Venedig haben Ernesto

Salmerón eingeladen, nachdem er im November 2006 für „Auras de Guerra“ auf der 5. zentralamerikanischen Biennale den ersten Preis bekommen hatte. Damals, in San Salvador, waren auch David und Rigoberto dabei gewesen, zwei kriegsverletzte ehemalige Gegner vom sandinistischen Heer EPS und von der Contra. Gemeinsam bewachten sie die Mauer. Das Preisgeld hat Ernesto Salmerón dazu verwendet, die Organisation, der David und Rigoberto angehören, zu unterstützen. Für Ernesto Salmerón

ist die Zusammenarbeit mit der Organisation der ehemaligen Kriegsteilnehmer_innen ein Teil seines Werkes.

„Auras de Guerra“ ist bisher in Nicaragua noch nicht öffentlich zu sehen gewesen. Im August vergangenen Jahres sollte „El Muro“ zusammen mit Fotos und Videos, die Salmeróns zehnjährige Beschäftigung mit den Themen Krieg, Revolution und Tod dokumentieren, im Kulturpalast in Managua gezeigt werden. Daraus wurde nichts. Die Verantwortlichen des Kulturpalastes verlangten den Rückzug einiger Fotos, auf denen direkte Anspielungen auf die FSLN, die MRS und Arnaldo Alemán zu sehen waren. Parteipropaganda sei im Kulturpalast untersagt. Der Künstler ließ sich diesen Akt der Zensur nicht gefallen und zog die gesamte Ausstellung zurück.



Konstruktiven Umgang mit der Geschichte lernen

Während der Feier zur Staatsgründung Israels störten 12 Neonazis die Veranstaltung am Münchener Odeonsplatz. Sie riefen „Juden raus aus Palästina“. Die Polizei nahm die Neonazis, die im Übrigen äußerlich nicht als solche zu erkennen waren, fest. Einer wurde dabei zu Boden gedrückt und dort festgehalten. Ein Passant, ein älterer Mann, empörte sich über das Vorgehen der Polizei. Auf den Einwand einer Frau, die Störer hätten antisemitische Parolen gerufen und das dürfe es nicht geben, antwortete der Mann: „Wieso nicht? In Deutschland herrscht doch Meinungsfreiheit.“

Im Herbst letzten Jahres wurde die Verlängerung der U-Bahn nach München-Garching eröffnet. Für die Ausgestaltung der Haltestelle an der TU München wurde auf Vorschlag der TU vom Stadtrat Garching entschieden, Tafeln von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern anzubringen, die an der TU gelehrt oder studiert hatten. Unter ihnen waren auch Willy Messerschmitt und Claude Dornier – beide unterstützten die NS-Rüstungsindustrie aktiv und beuteten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus. Die Entscheidung, auch diese beiden Männer mit einer Tafel zu ehren, löste immerhin eine kontroverse Debatte aus. Auch der Zentralrat der Juden äußerte sich empört. Eine Garchingener Bürgerin kommentierte das sinngemäß: Sie möchte nicht immer wieder vom Zentralrat moralisch gegängelt werden, die Juden würden doch selbst im Libanon Krieg führen.

In einem Interview sagte uns eine Auschwitz-Überlebende, die heute noch in Deutschland lebt: „Ich fürchte, dass nicht allein in Deutschland immer noch unterschwellig ein gewisser Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in der Bevölkerung vorherrschen. Und darum

fürchte ich, dass diese Gesellschaft (gemeint ist die NPD, Anm. d. Aut.) Erfolg haben könnte mit manchen Dingen. Dass sie aufsteigen und Erfolg haben könnte. Wie man dem begegnen kann und muss, weiß ich nicht. Aber irgendetwas müsste geschehen. Man kann das nicht ein-



„Erkämpfte“ Erinnerung ...

fach wachsen lassen. Es heißt, wehret den Anfängen, aber ich finde, über die Anfänge ist man schon hinaus.“ Dass es in dem Ort, in dem sie lebt, einen Gedenkstein für die ermordeten Jüdinnen und Juden aus dem Ort gibt, ist ihrem Engagement zu verdanken. Die Gemeinde selbst ist nicht auf die Idee gekommen, für ihre früheren Mitbürgerinnen und Mitbürger einen öffentlichen Ort des Erinnerns zu schaffen.

Dies sind drei Beispiele aus jüngerer Zeit, die wir selbst erlebt oder erzählt bekommen haben. Die Auswahl mag willkürlich erscheinen. Aber die Beispiele machen aus unserer Sicht deutlich, dass die NS-Zeit nach wie vor ihre Spuren hinterlässt und sie zeigen, wie wichtig es ist, einen kritischen Umgang mit dieser Zeit zu finden und zu bewahren.

Antisemitismus – das wird aus den Äußerungen des älteren Herrn am Odeonsplatz deutlich – wird als „Meinung“ definiert. Diese Meinung stehe den Menschen nach dem Grundsatz der Meinungsfreiheit zu. Ist dieser Mann eine Ausnahme? Vermutlich nicht. Nach der NS-Zeit war Antisemitismus nach wie vor in den Köpfen verankert und wurde weitergegeben. Mittlerweile gibt es ein gesellschaftliches Klima, in dem Antisemitismus wieder salonfähig wird. Für eine Beschäftigung mit Erinnerungspolitik stellt sich uns die Frage: Wie kann in Deutschland, dem

Land, von dem die Vernichtung der Juden ausging, überhaupt Antisemitismus existieren? Wir meinen, dass beim Umgang mit der NS-Geschichte ein zentraler Bestandteil, nämlich die Auseinandersetzung mit dem eigenen Antisemitismus und dem Ziel, diesen zu überwinden, nicht stattgefunden hat.

Der Umgang mit der NS-Geschichte ist nicht einfach. Es ist unangenehm, zur TäterInnenseite zu gehö-

ren – dies gilt auch für die nachfolgenden Generationen, die selbst keine aktiven TäterInnen mehr waren.¹ Es ist unangenehm zu wissen, dass die eigenen Eltern oder Großeltern in den meisten Fällen mehr oder weniger mitverantwortlich sind für die Deportation und Vernichtung von Millionen von Menschen. Die Abwehr der eigenen Verantwortung bis hin zur Leugnung der eigenen Taten ist eine Reaktion, die oftmals, ausgehend von der TäterInnengeneration, an die nachfolgenden Generationen weitergegeben wird. Manchmal halten auch die nachfolgenden Generationen die Verwicklung ihrer Familie nicht aus und verdrehen die Geschichte, wie es die Studien in dem Buch „Opa war kein Nazi“² eindrücklich belegen. Diese geringe Bereitschaft, sich der eigenen Geschichte zu stellen, sich damit zu konfrontieren und zu versuchen, einen konstruktiven Umgang damit zu finden, führt zu einer noch größeren Abwehr, wenn Anschuldigungen von einem vermeintlichen „Außen“ formuliert werden. Das zeigt das zweite Beispiel. Die Garchinger Bürgerin nimmt dem Zentralrat der Juden die Kritik an der Ehrung von Messerschmitt und Dornier übel. Ein nicht seltenes antisemitisches Muster: Juden werden angefeindet, weil sie als Opfer auf die Taten der TäterInnen aufmerksam machen. Die Garchingerin geht sogar noch weiter und benutzt die Politik des israelischen Staates, um dem Zentralrat der Juden in Deutschland das Recht auf Kritik an der Garchinger Entscheidung abzusprechen.

Auch in der öffentlichen Debatte wurde in den letzten Jahren die Forderung laut, mit den Anschuldigungen gegen die Deutschen aufzuhören. Unter die Geschichte müsse ein Schlussstrich gezogen werden. Das Bedürfnis, nicht mehr an die Taten der NS-Zeit erinnert oder auf Kontinuitäten aufmerksam gemacht zu werden, wurde zur offiziellen Politik und damit auch für jedeN EinzelneN legitimiert. Stattdessen wird Verlusten und Traumata – wie tote Soldaten in den eigenen Familien, Flucht oder tote Verwandte und Bekannte durch Bombardierungen – viel Raum gegeben. Der ARD-Zweiteler „Die Flucht“, der die Flucht ei-

ner preußischen Familie beschreibt, oder die Fernsehserie „Dresden“ sind Beispiele dafür, wie die Traumata der TäterInnenseite – zum Teil emotional stark aufgeladen – aufgegriffen werden. Es ist sicherlich auch notwendig, den TäterInnen ihre eigenen Verluste zuzugestehen. Allerdings entsteht im Moment oftmals der Eindruck, dies geschehe unter der Überschrift „Auch wir haben gelitten“. Damit wird versucht, die eigenen traumatischen Erlebnisse auf die gleiche Stufe zu stellen wie die der Holocaust-Überlebenden und von der eigenen Verantwortung abzulenken.

Zeitlich parallel zu den Geschichten über Flucht und Bombardierung porträtieren die Sendungen von Guido Knopp im ZDF NS-Größen und stilisieren sie zu geheimnisvollen Strategen und Helden. Somit wird die NS-Führungsebene aus der deutschen Gesellschaft während der NS-Zeit herausgelöst als die Gruppe der „eigentlichen“ Nazis und sie werden zu einem Mythos stilisiert, der eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht. Während die eigene Opferrolle also deutlich an Bedeutung gewinnt, wird die eigene TäterInnenrolle – und damit sind eben nicht nur die NS-Größen gemeint, sondern die nicht-jüdische deutsche Bevölkerung, die das NS-Regime mehrheitlich mitgetragen hat – nach wie vor weit von sich gewiesen. Wünschenswert wäre es, wenn beides gleichzeitig passieren könnte: Wenn die eigenen Verluste betrauert und gleichzeitig die TäterInnenschaft anerkannt und mit ihr umgegangen werden könnte.³

In der Öffentlichkeit konzentriert man sich zunehmend auf die Opfer der TäterInnenseite. Dies wirft aus unserer Sicht noch einmal die Frage auf, woran eigentlich erinnert werden soll. Die Abwehr der eigenen Verantwortung und die gleichzeitige Übernahme der Opferrolle haben dazu geführt, dass die Erinnerung an Flucht und Bombenopfer auf der TäterInnenseite von der deutschen Öffentlichkeit als vollkommen legitim angesehen und willkommen geheißen wurde. Die öffentliche Erinnerung an die Opfer der Vernichtungspolitik und damit die Erinnerung an die Taten wurden in

der Konsequenz nicht als eigene Aufgabe angesehen. So wurden viele Orte der Erinnerung an die Ermordeten des NS-Regimes in Deutschland von den Überlebenden selbst initiiert, teilweise gegen den heftigen Widerstand der Öffentlichkeit. Für viele Gedenkstätten auf dem Gelände der Konzentrationslager gaben Überlebende der Lager selbst den Anstoß. Die Auschwitz-Überlebende aus unserem Beispiel musste sich gegen den ansässigen Gemeinderat durchsetzen, um einen Gedenkstein für die ermordeten jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger errichten zu lassen. Sie hat den Stein zum Teil sogar selbst finanziert. Der Gemeinderat wollte den Stein zunächst auf dem jüdischen Friedhof des Dorfes platzieren, wo ihn nur sehr interessierte Menschen gefunden hätten. Auf Druck der Überlebenden steht der Stein jetzt im Dorf in einer Nebenstraße. Dem Wunsch der Überlebenden, die Namen der Ermordeten auf den Gedenkstein zu schreiben, damit aus ihnen wieder Personen mit Namen und Geschichte werden, hat sich der Gemeinderat zunächst verwehrt. Auch hier musste die Überlebende selbst aktiv werden, sich gegen die Argumente des Gemeinderates durchsetzen, um eine würdige Erinnerung an die Ermordeten zu schaffen. Sie musste die Kraft aufbringen, sich gegen die Kinder oder Enkel derjenigen durchzusetzen, die tatenlos zusehen oder sogar aktiv daran beteiligt waren, dass die Familie ihres Mannes ins Konzentrationslager deportiert und dort getötet wurde. Die nachfolgenden Generationen wollten nicht daran erinnert werden. Hätte sie das nicht getan, wüsste nach ihrem Tod niemand mehr, dass es damals in dem Dorf Juden gegeben hat. Und es würde sich auch niemand darüber wundern, warum es heute in dem Dorf nur noch sie als Jüdin gibt.

Die meisten nicht-jüdischen Deutschen hinterfragen nicht, warum es in Deutschland nur noch so wenige Juden gibt. Der Zusammenhang mit der Vernichtungspolitik der Nazis wird nicht hergestellt. An diesem Beispiel, das von vielen anderen ergänzt werden könnte, wird für uns deutlich: Die Opfer und Verluste auf der TäterInnenseite sollen auch einen Raum im Erinnerungspolitischen Diskurs be-



„sichtbarer Protest in Garching ...“

kommen. Dies wird nicht schwierig sein. Sehr viel wichtiger, aber auch deutlich schwieriger, ist für uns die kritische Auseinandersetzung mit den Taten. Daran zu erinnern und sich damit auseinander zu setzen – das sollte endlich und selbstverständlich von den Nachgeborenen der TäterInnen-seite übernommen werden.

Im erinnerungspolitischen Diskurs spielen Überlebende eine wichtige Rolle. Sie sind diejenigen, die die Geschehnisse immer wieder unfassbar machen. Mittlerweile sind sie alt und werden immer weniger. Mit Sorge stellen wir uns die Frage, was passieren wird, wenn es keine Überlebenden mehr gibt, die selbst berichten können, was ihnen angetan wurde. Die darin mitschwingende Befürchtung macht deutlich, dass wir wenig Vertrauen haben, dass in Zukunft eine selbstkritische und konstruktive Auseinandersetzung mit der eigenen Verantwortung stattfinden wird. Die aktuelle Entwicklung lässt uns eher befürchten, dass die eigene TäterInnen-schaft noch stärker abgelehnt wird und es vorrangig darum gehen wird, das Kapitel der NS-Geschichte tatsächlich abzuschließen.

Geschichte ist ein umkämpftes Terrain. Die NS-Zeit, die Vernichtungspolitik der Nazis, ist etwas, das von nachfolgenden Generationen nicht nachvollzogen werden kann. Es ist nicht zu verstehen, wie so etwas passieren konnte. Aber es ist passiert. Wir stehen nun vor der Herausforde-

rung, es in all seinem Ausmaß zu begreifen. Wir müssen die Zusammenhänge, die antisemitische Dynamik, das Selbstbild der Deutschen erfassen. Dabei geht es nicht unbedingt um Detailwissen, sondern tatsächlich um Zusammenhänge. Möglicherweise wird es auch nie gelingen, das, was damals passiert ist, wirklich zu begreifen, weil die TäterInnen-seite durch Schweigen, Verdrehen und Verdrängen einen Teil der Geschichte mit ins Grab genommen hat. Trotzdem lebt die Geschichte weiter und das teilweise auf sehr unerfreuliche Art und Weise. Es wird nicht funktionieren, einfach per Entscheidung einen Schlussstrich unter die Geschichte zu ziehen. Und das darf es auch nicht. Im Zusammenhang mit der Frage, warum die Beschäftigung mit der NS-Geschichte wichtig ist, wird immer wieder geantwortet, dass „so etwas nie wieder passieren darf“. Letztendlich ist unklar, was damit genau gemeint ist.⁴ Es reicht nicht aus zu sagen „Nie wieder Auschwitz“. Mit der Vernichtungspolitik der Nazis ist die Grenze dessen, was Menschen anderen Menschen antun können, so weit verschoben worden, dass „so etwas“ aber weit vor Auschwitz anfangen muss. Wir sehen es als eine wichtige Aufgabe an, die Forderung „so etwas darf nie wieder passieren“ mit Leben zu füllen. Und genau dafür ist es wichtig, sich mit den Taten der TäterInnen zu konfrontieren und Konsequenzen daraus zu ziehen.

Dieser Artikel wurde von einer Münchner Gruppe geschrieben, die sich seit knapp zwei Jahren mit der Frage beschäftigt, wie Erinnerung an die NS-Zeit aussehen kann und welche Ziele sie haben könnte. Die Gruppe setzt sich aus Frauen der 2. und 3. Nachkriegsgeneration zusammen, denen die kritische Auseinandersetzung mit der NS-Zeit ein wichtiges Anliegen ist.

¹ Für die nachfolgenden Generationen der TäterInnen gibt es keine griffige Bezeichnung. Sie sind nicht wirklich TäterInnen und gehören aber doch zu TäterInnenfamilien. Aus unserer Sicht wirkt sich das Schweigen, Verherrlichen, Verdrängen und Verdrehen der TäterInnen (damit sind auch diejenigen gemeint, die das NS-System „nur“ mitgetragen haben) auch auf die nachfolgenden Generationen aus, die mit ihrer jeweiligen Familiengeschichte einen Umgang finden müssen. Im Text nennen wir die nachfolgenden Generationen der TäterInnen deswegen TäterInnen-seite, um deutlich zu machen, dass es sich nicht um die zweite oder dritte Generation der Überlebenden handelt.

² Welzer, Harald/ Moller, Sabine/ Tschuggnall, Karoline (2002): „Opa war kein Nazi“ – Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis.

³ Dan Bar-On, ein israelischer Psychologe, arbeitet viel mit Überlebenden des Holocausts und stellt sich immer wieder die Frage, wie mit dem Holocaust in Israel, aber auch in Deutschland umgegangen wird bzw. umgegangen werden könnte. Einen eindrücklichen Überblick über den inneren Konflikt, der aus der Gleichzeitigkeit von TäterInnen-schaft und Opfer-seite resultiert, gibt der Text „Die Erinnerung an den Holocaust in Israel und Deutschland“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 15/2005.

⁴ Joschka Fischer hat das so interpretiert, dass er mit dem Argument, Auschwitz dürfe es nie wieder geben, die Bundeswehr nach Jugoslawien geschickt hat. Ob die Bundeswehr dort eingreifen sollte oder nicht, kann hier nicht diskutiert werden. Allerdings wurde Auschwitz von Joschka Fischer benutzt, um seine eigenen außenpolitischen und militärischen Ziele zu verwirklichen. Aus unserer Sicht steht Auschwitz dafür, keine menschenverachtende Politik zu betreiben und das schon lange, bevor Waffen zum Einsatz kommen.

Nicaragua unter Daniel Ortega

Der Pakt, die Ehefrau und ein Kardinal

(ea) Zitat: Ein anti-neoliberaler Diskurs koexistiert mit der Bindung an die neoliberale Politik des IWF. Gegenüber den USA wird gleichzeitig die Konfrontation gesucht und deren Wohlwollen. Mit beiden Chinas pflegt man die Freundschaft und hofft auf Investitionen. Mit ALBA (1) und mit CAFTA (2), der Vorstufe zu ALCA (3), lebt man. Die Macht soll in den Händen der Bürger_innen liegen, wird aber von einer Familie organisiert, die sie zusammen in ihren Händen hält. Das regierende Paar handhabt all diese Widersprüche nicht vom Präsidentenpalast aus, sondern von der eigenen Wohnung, die gleichzeitig Parteizentrale ist. Die Revolution, die sie propagieren, ist „spirituell“ und fördert das kulturelle Zurück. Das Einzige was klar ist, ist der „Pakt“, und, dass die Personen an den Spitzen des Machtdreiecks die gleichen bleiben.

Mit diesen von großem Unbehagen zeugenden Worten zog die Zeitschrift „envio“ Bilanz nach 100 Tagen Regierung Daniel Ortega und traf damit genau die Stimmung im Land. Nicht nur die Rechten ließen, wie zu erwarten war, ihre antisandinistischen Tiraden los, auch Organisationen, die als progressiv bekannt sind und die sandinistische Regierung mit Wohlwollen begrüßt hatten, sparten nicht mit Kritik. Zum Beispiel fielen in der Stellungnahme von Vilma Núñez, vom Menschenrechtszentrum CENIDH (4), viele harte Worte, wie Geheimniskrämerei, Vetternwirtschaft, autoritär, zentralistisch und eine schädliche Vermischung von Staat, Partei und Familie.

Fulminanter außenpolitischer Start

Die neue Regierung war am 10. Januar 2007 mit großem Elan gestartet. Schon bei den Feierlichkeiten zur Amtseinführung setzte Daniel Ortega außenpolitische Zeichen, die in der Ankündigung gipfelten, dass sich Nicaragua dem Wirtschaftsbandnis ALBA anschließen werde. Im Rahmen des Beitritts zu ALBA sind eine ganze Reihe von Kooperationsabkommen unterschrieben worden, die zeigen, dass Venezuela Nicaragua in Zukunft großzügig unterstützen wird. Venezuela will in Nicaraguas Gesundheits- und Bildungswesen investieren und bietet ein Projekt im Wohnungsbau an. Außerdem ist eine Reihe von teils spektakulären Infrastrukturprojekten

geplant. Im Straßenbau soll sich ein alter Traum Nicaraguas erfüllen: eine durchgehende, ganzjährig befahrbare Asphaltstraße zwischen Pazifik und Atlantik. Außerdem will Venezuela eine Erdölraffinerie bauen, etwas, was es bisher in Zentralamerika noch nicht gibt. Und dass dies alles keine leeren Versprechungen sind, beweisen die Stromgeneratoren, die Venezuela inzwischen geliefert hat und die den Stromsperrern der letzten zwei Jahre hoffentlich ein Ende setzen werden. Die intensive Zusammenarbeit mit Venezuela ist ein Beispiel für eine neue Außenpolitik, die weg will von der Abhängigkeit von den USA. Es ist zwar ein spektakuläres Beispiel, aber nicht das einzige. Auch mit dem Iran und mit Taiwan hat die Regierung Ortega Kooperationsabkommen ge-



Weil der Stargast Hugo Chavez in Caracas noch zu tun hatte, verschob sich der Beginn der Feierlichkeiten zur Amtsübernahme Ortegas um ca. 4 ½ Stunden

Foto: Andreas Fischer

schlossen und mit Kuba die eingefrorenen diplomatischen Beziehungen reaktiviert.

Auch in der Innenpolitik setzte Ortega deutliche Akzente, die auf große Zustimmung stießen. Verbesserungen im Erziehungs- und im Gesundheitswesen und Initiativen bei der Bekämpfung der Armut sollen der von den neoliberalen Vorgängerregierungen vernachlässigten Bevölkerungsmehrheit nützen. Diese Ankündigungen der ersten Wochen waren verbunden mit neuen Personen auf der Regierungsbank. Der Erziehungsminister Miguel de Castilla hat schon am Tage seines Amtsantritts die Kostenfreiheit im öffentlichen Erziehungswesen wieder eingeführt. Unter dem Druck der Weltbank war 1992 die so genannte „Schulautonomie“ eingeführt worden: Schulen durften eigenständig Gebühren für Einschreibungen, Prüfungen usw. erheben. Das wurde dann auch allgemein genutzt. Ein weiteres Vorhaben im Erziehungsbereich ist beispielhaft für die politische Strategie der Regierung Ortega. Wo es möglich ist, versucht sie an die Erfolge der 1980er Jahre anzuschließen. So soll im Juli wieder eine nationale Alphabetisierungskampagne beginnen. Dabei kann Nicaragua sich auf kubanische und venezolanische Hilfe stützen. Die Methode „Ja, ich kann“ wurde in Kuba entwickelt und in den letzten Jahren schon in sandinistisch regierten Gemeinden erfolgreich angewendet. Auch im Gesundheitswesen will man an die Erfolge von vor 20 Jahren anknüpfen. Unter der neuen Ministerin und ehemaligen Krankenhausärztin Maritza Cuan sollen auch hier der Bevölkerung alle Leistungen wieder kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Dieses Vorhaben wird flankiert von Einsparungen durch eine konsequente Umstellung der öffentlichen Medikamentenversorgung auf Generika. Sehr erwähnenswert ist auch das neu geschaffene Programm „Null Hunger“, das von dem Soziologen und FSLN-Linken Orlando Nuñez geleitet wird. Geplant ist ein ambitioniertes Programm zur Bekämpfung der extremen Armut unter der Landbevölkerung. Im Laufe von mehreren Jahren sollen davon 75 000 Familien profitieren. Das Programm stellt ihnen Saatgut, Haustiere, subventionierte Kredite und technische Un-

terstützung zur Verfügung, um ihnen eine sichere Selbstversorgung zu ermöglichen. Im Mai begann das Programm in einer indigenen Gemeinde des Nordens.

Machtkonzentration in den Händen des Präsidentenpaares

Neben den geschilderten erfreulichen Initiativen, die eindeutig die Verbesserung der Lebenssituation des ärmeren Teils der Bevölkerung anstreben, ist die Regierung aber auch mit politischen Vorstößen aufgefallen, die bei vielen Besorgnis erregt haben. Dabei handelt es sich um Veränderungen am politischen System, die alle zu einer stärkeren Konzentration der Macht in den Händen des Präsidenten und seiner Ehefrau Rosario Murillo geführt haben.

Die auffallendste Änderung an der Kabinettsstruktur ist, dass Ortega das Verteidigungsressort nicht besetzt hat. Sowohl das Heer als auch die Polizei sind jetzt ihm direkt unterstellt. Mit den vier neu geschaffenen Räten, die auf den verschiedenen Ebenen vom Stadtteil bis zur nationalen Ebene installiert werden, will die FSLN zu einer direkteren und partizipativeren Form der Demokratie gelangen. Aus verschiedenen Gründen haben dabei die „Räte für Kommunikation und Staatsbürgerschaft“ (Consejos de Comunicación y Ciudadanía) große Beunruhigung hervorgerufen. In erster Linie, weil Ortega seine Ehefrau mit der Leitung des Gremiums auf der nationalen Ebene beauftragt hat. Kritisiert wird an dieser Entscheidung, dass ein Gesetz existiert, welches die Anstellung von Ehepartnern und Familienangehörigen explizit untersagt, was aber nicht bedeutet, dass sich Ortegas Vorgänger an das Gesetz gehalten hätten. Viel bedenklicher ist die Machtfülle des neuen Amtes. Als Ratsvorsitzende kontrolliert Rosario Murillo die gesamte Öffentlichkeitsarbeit der Regierung. Man kann ihre Bedeutung in der Regierung kaum überschätzen, zumal Daniel Ortega die Rolle seiner Ehefrau einmal mit den Worten charakterisiert hat: „50 Prozent für Rosario, 50 Prozent für mich“.

Im Augenblick konstituieren sich die „Räte für Kommunikation und

Staatsbürgerschaft“. Die Vorgehensweise wird allgemein kritisiert, denn die Räte werden von den entsprechenden Gremien der FSLN installiert, tagen in den Parteibüros der FSLN und Bürger_innen, die der FSLN fern stehen, haben keine Chance, an dem geplanten partizipativen System der Demokratie teilzunehmen. Schlimmer noch, es droht sogar ein Rückschritt. An manchen Orten werden existierende Mitsprachemöglichkeiten eingeschränkt. An verschiedenen Stellen wird von Bestrebungen der FSLN berichtet, die existierenden kommunalen Entwicklungskomitees aufzulösen. Wenig demokratisches Vertrauen erweckt auch die Reihenfolge der Gründungen. Zuerst werden die wichtigsten Posten auf der nationalen Ebene besetzt, dann in der Provinz usw.. Es wird also die in der FSLN unter Daniel Ortega übliche Willensbildung von oben nach unten reproduziert.

Wie schon kurz erwähnt hat es Daniel Ortega abgelehnt, den Präsidentenpalast als Amtssitz zu nutzen. Stattdessen führt er die Regierungsgeschäfte von der Parteizentrale der FSLN aus, wo er und Rosario Murillo auch wohnen. Diese Formalie wird in Nicaragua nicht nur von den Rechten vehement kritisiert. Auch Kräfte, die der Linken zuzurechnen sind, sehen darin ein unnötiges Symbol der Parteilichkeit des Präsidenten, der laut Verfassung dem Wohl aller Nicaraguaner_innen verpflichtet ist.

Der Pakt lebt

Die geschilderten Änderungen am politischen System erforderten Anpassungen bei einigen Gesetzen, d. h., sie mussten vom Parlament gebilligt werden. Da dort die FSLN keine Mehrheit hat, nur über 38 der 92 Sitze verfügt (5), ist es zuerst einmal erstaunlich, wie mühelos sie sich bisher ihre Mehrheiten verschaffen konnte. Bei kontroversen oder sehr wichtigen Entscheidungen, wie zum Beispiel bei der Verabschiedung des Haushalt konnte sie sich bisher immer auf die Stimmen der PLC (6) verlassen. Dass der Pakt zwischen den beiden Parteführern Daniel Ortega und Arnoldo Alemán (PLC) weiterhin die bestimmende Größe in der nicaraguanischen Politik ist, zeigte sich schon bei den

Feierlichkeiten zur Amtseinführung Ortegas. Expräsident Arnoldo Alemán, weiterhin der unbestrittene Führer der PLC, aber wegen Korruption immer noch zu 20 Jahren Haft verurteilt, war als offizieller und gut gelaunter Gast dabei. Inzwischen hat sich Alemáns Situation als Häftling weiter zu seiner Zufriedenheit geändert. Der „Hausarrest“, der ihm aus medizinischen Gründen zugestanden worden war, später mit kaum nachvollziehbaren Begründungen nach und nach auf ganz Managua ausgedehnt worden ist, wurde im März von der Strafvollzugsbehörde auf das ganze Land ausgeweitet. Ein Land als Gefängnis, hieß es sarkastisch in den Medien. Konsequenz an dieser Entscheidung war nur, dass sie überhaupt nicht begründet wurde. Nutznießer dieser Entscheidung ist auf jeden Fall Daniel Ortega. Der „kranke“ Ex-Präsident Alemán tourt munter durch das ganze Land, lässt sich von seinen Anhängern feiern, träumt mit ihnen von einer neuen Präsidentschaftskandidatur im Jahre 2012 und verhindert damit die Wiedervereinigung der Liberalen. Die an-

derholung des Sieges der FSLN bei den nächsten Präsidentschaftswahlen. Bisher ist Daniel Ortega bei der Erreichung dieses Zieles sehr erfolgreich.

Ansonsten wird befürchtet, dass die endgültige Freilassung Arnoldo Alemáns konsequent weiter vorbereitet wird. Die Nationalversammlung hat mit den Stimmen von FSLN und PLC bei der Strafrechtsreform für Geldwäsche ein Strafmaß von 5 bis 7 Jahren festgelegt. Unter anderem ist Alemán für dieses Vergehen verurteilt worden. Im Dezember dieses Jahres hat Arnoldo Alemán 5 Jahre seiner Strafe „verbüßt“.

Eine neue Aufgabe für Kardinal Obando y Bravo

Ein weiterer der neu geschaffenen Räte hat in Nicaragua auch für erheblichen Wirbel gesorgt: der „Nationale Rat für Frieden und Versöhnung“. Ursache der Aufregung ist die Person des Vorsitzenden. Präsident Daniel Ortega ist es gelungen, für diese Aufgabe den immer noch sehr

der Kirche die Übernahme politischer Ämter verbietet. Dem ist inzwischen Rechnung getragen worden, indem dem Ratsvorsitz mehr die Gestalt eines Ehrenamtes gegeben wurde. Aber Daniel Ortega geht es in diesem Fall nicht so sehr um das Amt, sondern um die Person und die mit ihr verbundene Symbolik, mit der sich seine Regierung, die sich offiziell „Regierung der Versöhnung und der nationalen Einheit“ nennt, zu schmücken hofft. Was dieser Versöhnungsrat konkret für Aufgaben hat, darüber rätseln die NicaraguanerInnen bis heute.

Verhandlungen mit dem IWF

Die große Unbekannte in den Plänen Daniel Ortegas ist bisher die Wirtschaftspolitik. Wie sollen die so erwünschten Verbesserungen im Erziehungs- und Gesundheitswesen finanziert werden? Dies ist eigentlich nur über höhere Haushaltsmittel möglich. Woraufhin sich sofort die Frage stellt, wie dem IWF eine Ausgabensteigerung abgerungen werden soll. Auf diese Fragen gibt es zwar bisher keine offiziellen Antworten der Regierung, aber einige Indizien, in welche Richtung die Regierung gehen will. Leider verschaffen diese Indizien aber keine Klarheit. Die anstehenden Neuverhandlungen mit dem IWF haben im März begonnen. Aber Organisationen wie der nationale Zusammenschluss der Nichtregierungsorganisationen „Coordinadora Civil“, die sich darauf vorbereitet hatten, der Regierung in den zu erwartenden harten Auseinandersetzungen mit dem IWF beizustehen, sind bisher enttäuscht worden. Wie unter den Vorgängerregierungen laufen die Verhandlungen mit sparsamsten Informationen für die Öffentlichkeit praktisch im Geheimen ab. Schlüsse aus diesen Verhandlungen auf die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Regierung Ortega zu ziehen, ist bisher nicht möglich. Aufschlussreicher war hingegen die Verabschiedung des Haushalts 2007. Die Regierung hat an dem Haushaltsentwurf der Vorgängerregierung Umschichtungen von rund 5% vorgenommen. Diese 5% machen deutlich, wie die Regierung Ortega ihre finanziellen Möglichkeiten selbst einschätzt und dass keine Wunder von



Die Unzertrennlichen, Präsident Daniel Ortega und Ehefrau Rosario Murillo

dauernde Spaltung der rechten Opposition in den Alemán-treuen Flügel der PLC und die neoliberale USA-hörige Gruppe ALN (7) um den Ex-Bankier Eduardo Montealegre ist die notwendige Voraussetzung für die Wie-

einflussreichen Kardinal Obando y Bravo zu gewinnen. Der Kardinal stellte sich damit in einen klaren Gegensatz zur nicaraguanischen Bischofskonferenz, die auf die Rechtslage verwies, die aktiven Mitgliedern

ihr erwartet werden dürfen. Vor allem war es der Regierung wichtig, einen Haushalt vorzuweisen, der die Verhandlungen mit dem IWF nicht zu sehr belasten würde. Längerfristig hat die Regierung aber den Plan, ihr Verhältnis zum IWF neu zu gestalten, davon zeugt die Ankündigung Ortegas, dass die anstehenden Verhandlungen mit dem IWF die letzten in der Geschichte Nicaraguas sein werden. Wahrscheinlich ist dabei an das Vorbild Venezuelas und Argentiniens gedacht, die sich durch die Rückzahlung ihrer Schulden beim IWF von diesem gelöst haben. Ob dies im Falle Nicaraguas mehr als ein Wunschtraum ist, ist im Augenblick kaum zu beurteilen.

Auch ALBA führt zu Problemen

Wenn man die wirtschaftlichen Pläne der Regierung Ortega untersucht, so stellt man sehr schnell fest, dass darin ALBA und die großzügige Unterstützung Venezuelas eine herausragende Rolle spielen. Aber in die anfängliche ungeteilte Zustimmung, die sich auch in der Abstimmung (8) in der Nationalversammlung widerspiegelte, haben sich inzwischen besorgte Stimmen gemischt. Anlass zur Besorgnis ist dabei die Art und Weise, wie die Regierung Ortega mit dieser Hilfe umgeht. Ökonomisch am bedeutendsten innerhalb der verschiedenen Projekte im Rahmen von ALBA ist die Versorgung Nicaraguas mit Erdöl. Venezuela garantiert nicht nur ‚Nicaraguas gesamten Bedarf zu decken, sondern bietet dafür auch eine attraktive Finanzierung an. Nicaragua zahlt zwar den Weltmarktpreis, muss aber nur die Hälfte der gelieferten Menge sofort bezahlen, der Rest geht auf Kredit mit sehr günstigen Zinsen und langer Laufzeit. Wenn man den augenblicklichen Bedarf Nicaraguas zu Grunde legt, führt dies im Jahr zu einem Ansteigen der Auslandsschuld um 300 Mill. US-\$. Die Regierung Ortega will diese finanzielle Transaktion zwischen den beiden Staatsunternehmen PDVSA (9) und PETRONIC (10) abwickeln. Von vielen Seiten wird kritisiert, dass eine derartige Summe, sie entspricht immerhin einem Viertel des Haushaltsvolumens, außerhalb des Staatshaushalts kanali-



Gerardo Miranda: „Wird er singen?“

Quelle: www.laprensa.com.ni

siert werden soll. Die Tatsache, dass der Direktor von PETRONIC, der in dem von der Regierung vorgesehenen Verfahren einen Betrag in Höhe eines Viertels des Staatshaushaltes hantieren soll, gleichzeitig Schatzmeister der FSLN ist, beruhigt niemanden. Hinweise, dass auch günstige Kredite irgendwann zurückgezahlt werden müssen und dies eine Staatsaufgabe und nicht die eines Staatsunternehmens sei, haben die Regierung bisher nicht beeindruckt.

Vom (Regierungs-) Alltag eingeholt

Nachdem die Regierung Ortega jetzt etwas mehr als ein halbes Jahr im Amt ist, kann man sie schon nach der von ihr geleisteten Arbeit beurteilen und muss sich nicht nur auf ihre Ankündigungen und Pläne beschränken. Dabei fällt es auf, dass die Regierung kein gutes Verhältnis zu den Medien hat. Kritik ist ihr ein Gräuel. Ein Beispiel hierzu ist der Fall der Direktorin des Nationalen Kulturinstituts. Nach zwei Monaten im Amt hatte sie in einem Interview mit der konservativen Zeitung „La Prensa“ verhaltene Kritik an Daniel Ortega geäußert. Dieser war von der Presse angegriffen worden, weil er kurz zuvor Originalmanuskripte des berühmtesten nicaraguanischen Dichters Rubén Darío dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez geschenkt hatte.

Nach ihrer Meinung dazu gefragt, antwortete sie: „Ich begrüße diese Tatsache nicht“. Am nächsten Tag wurde sie entlassen.

Ein weiterer gravierender Fall ereignete sich erst vor kurzem und ist im Augenblick noch nicht abgeschlossen. Carlos Fernando Chamorro, ein in Nicaragua sehr geachteter Journalist, – er war in den 1980er Jahren Chefredakteur der sandinistischen Zeitung „La Barricada“ –, hatte im Fernsehen einen Skandal um eine Grundstücksaffäre publik gemacht. Hauptbeschuldigter in dem Fall ist der ehemalige sandinistische Abgeordnete und jetzige Konsul in Costa Rica Gerardo Miranda. Miranda wurde seit der Zeit, als er Bürgermeister des boomenden Touristenhafens San Juan del Sur war und dabei zu Geld kam, mit unsauberen Geschäften in Zusammenhang gebracht. Jetzt wird er beschuldigt, einem Unternehmer, der an der Pazifikküste im Tourismus investieren wollte und dabei mit Besitzproblemen bei einigen Grundstücken konfrontiert wurde, zu helfen. Im Namen der FSLN bot er an, gegen Zahlung von 4 Millionen US-Dollar alle Probleme zu lösen. In der Fernsehsendung präsentierte Carlos Fernando Chamorro hierzu ein Tondokument, in dem Miranda zu hören war, wie er sich auch auf Lenin Cerna, einen der engsten Vertrauten Daniel Ortegas, berief. Die Reaktion der Regierung war erschreckend: mehrere Tage lang

beschränkte sie sich darauf, Chamorro zu beschimpfen und zu verleumden. Präsident Daniel Ortega, der im Wahlkampf immer Null Toleranz gegenüber der Korruption gepredigt hatte, brauchte eine Woche, bis er umschwenkte und die Staatsanwaltschaft PGR (11) mit einer Untersuchung beauftragte. Inzwischen wurde auch gegen den Widerstand der FSLN in der Nationalversammlung ein Untersuchungsausschuss installiert. Bisher ist natürlich noch nichts bewiesen, aber eins schon klar geworden: Beim Umgang mit Korruptionsvorwürfen unterscheidet sich die FSLN-Regierung nicht sehr von ihren rechten Vorgängerinnen.

Ein ganz anders gelagertes Problem waren die Schwierigkeiten, die sich Miguel de Castilla im Erziehungsministerium einhandelte, er wollte einfach zu viel auf einmal. Nicht nur die „Schulautonomie“ wollte er abschaffen, sondern gleichzeitig die Einschulungsquote drastisch erhöhen. Beides waren sehr wünschenswerte Initiativen. Die „Schulautonomie“ belastete vor allem die Ärmsten und war mit ein Grund dafür, dass in Nicaragua jedes Jahr Hunderttausende von Kindern dem Unterricht fernblieben. Ihre Familien können es sich nicht leisten, sie zur Schule zu schicken, neben den Gebühren sind auch die obligaten Schuluniformen für sie zu teuer. Stattdessen sind die Familien sogar darauf angewiesen, dass die Kinder arbeiten und damit zum Familienunterhalt beitragen. Beide Vorhaben waren aber nur über Kostensteigerungen im Erziehungssektor zu erreichen. Die wegfallende „Schulautonomie“ schmälerte indirekt das Gehalt der Lehrer_innen und eine Erhöhung der Einschulungsquote geht nur mit zusätzlichem Unterrichtsraum und mehr Personal. Da aber kein Geld da war, im Haushalt keine zusätzlichen Mittel vorgesehen waren, verließ sich de Castilla auf den Idealismus der Lehrer_innen: Von ihnen verlangte er Lohnverzicht und Mehrarbeit. Dies musste schiefgehen, denn gerade Lehrer_innen werden in Nicaragua seit langem sehr schlecht bezahlt. Es kam zu einem mehrwöchigen Streik, bei dem sich zum Schluss die Lehrer_innen mit ihren Gehaltsforderungen durchsetzten. Das fehlende

Geld soll jetzt über einen Nachtragshaushalt beschafft werden.

Geheimniskrämerei und mangelnde Transparenz

Eigentlich war nicht zu erwarten, dass der Regierung so viel Kritik aus den sozialen Bewegungen entgegen schlägt. Denn fast alle Nichtregierungsorganisationen stehen den Sandinisten nahe und werden von Personen geführt, die sich in den 1980er Jahren für das sandinistische Projekt eingesetzt haben. Diese politische Nähe führte dazu, dass einige der neuen Verantwortlichen der Regierung Ortega aus dem Bereich der NGOs und sozialen Bewegungen kommen. Das sind neben dem schon erwähnten Orlando Nuñez, Ruth Selma Herrera, die von der Verbraucherschutzorganisation Red Nacional de Defensa de los Derechos de los Consumidores an die Spitze des staatlichen Wasserversorgungsunternehmens ENACAL gewechselt ist, und Jeaneth Chávez Gómez von der gleichen NGO, die neue Arbeitsministerin wurde. Vizeministerin für Bildung wurde Milena Nuñez Téllez von der Lehrer-gewerkschaft ANDEN.

Inzwischen sind aus allen Organisationen, wie z. B. „Coordinadora Civil“, CENIDH und der „Ética y Transparencia“, vorwiegend kritische Töne zu hören. Im Mittelpunkt der Kritik steht der Umgang der Regierung mit der Öffentlichkeit. Die Regierung Ortega liebt es, spektakuläre Ereignisse anzukündigen, wie die Bekanntgabe des Beitritts zu ALBA im Rahmen der Feierlichkeiten zur Amtseinführung Daniel Ortegas. Mit einer umfassenden Berichterstattung, die die Öffentlichkeit mit Details versorgt, tut sie sich aber sehr schwer. Sogar die Nationalver-

sammlung musste sich wochenlang bemühen, ehe sie die mit Venezuela anlässlich des Beitritts zu ALBA unterschriebenen Verträge zu Gesicht bekam. Auf die Frustration der „Coordinadora Civil“ anlässlich der Verhandlungen mit dem IWF ist schon hingewiesen worden. Manchmal hat man den Verdacht, die Verantwortlichen um Daniel Ortega wähen sich immer noch in der Kriegssituation der 1980er Jahre.

Wenn die Regierung Ortega ihren Anspruch, die Demokratie weiterzuentwickeln, sie partizipativer zuge-
gestalten, ernst nimmt, muss sie lernen, dass Kritik notwendig ist und dass man sie aushalten muss.

Anmerkungen:

- 1 ALBA – Alternativa Bolivariana para la América
- 2 CAFTA – Central American Free Trade Agreement
- 3 ALCA – Área de Libre Comercio de las Américas
- 4 CENIDH – Centro Nicaragüense de Derechos Humanos
- 5 Offizielle Sitzverteilung in der Nationalversammlung (ohne Berücksichtigung von späteren Wechselln): FSLN 38, PLC 25, ALN 24, MRS 5
- 6 PLC – Partido Liberal Constitucionalista
- 7 ALN – Alianza Liberal Nicaragüense
- 8 Nicaraguas Beitritt zu ALBA wurde mit 78 Jastimmen, einer Neinstimme und 10 Enthaltungen beschlossen (3 Abgeordnete fehlten).
- 9 PDVSA – Petróleos de Venezuela Sociedad Anónima IOPETRONIC – Petróleos de Nicaragua
- 11 PGR – Procuraduría General de la República



Zeitung für linke Debatte und Praxis
ak testen: 3 für 5 €
Infos + Bestellungen: www.ainweb.de

„Die sozialen Bewegungen sind auf dem Weg, erwachsen zu werden“

Das Verhältnis zwischen Staat und sozialen Bewegungen in Nicaragua:
Gespräch mit William Rodriguez vom CEI

(ab, as, se, ja) Das Centro de Estudios Internacionales (CEI – Zentrum für internationale Studien) in Managua setzt seinen Arbeitsschwerpunkt einerseits auf Versöhnungsarbeit zwischen Angehörigen der ehemaligen Kriegsparteien und andererseits auf politische Bildungsarbeit für soziale Bewegungen und Organisationen im ländlichen Bereich. Im Folgenden werden wir einige Ausschnitte aus einem Gespräch mit William Rodriguez abdrucken, das im August 2006 im Rahmen der Resi-Huber-Brigade des Ökumenischen Büros stattfand.

Nach dem Wahlsieg Daniel Ortegas im November 2006 präsentiert sich die FSLN als einzig legitime Vertretung der Armen Nicaraguas. Umso größer scheint uns die Bedeutung unabhängiger sozialer Organisationen, die dem Machtanspruch der Regierung ein Gegengewicht bieten. In diesem Zusammenhang sind Rodriguez' Einschätzungen für uns interessant.

Wie schätzt Du die Rolle des Staates in Nicaragua ein? Ist ein schwacher Staat nicht eine große Chance für die sozialen Bewegungen, Einfluss auf die Politik in Nicaragua zu nehmen?

William Rodriguez: Wie Ihr wisst haben wir es in Nicaragua nicht nur mit einem großen Bevölkerungsanteil von Armen zu tun, sondern auch mit einer enormen Ungleichverteilung des Reichtums. Wenn wir davon sprechen, dass es die Bauern sind, die den Reichtum produzieren, aber die Staats- und Parteifunktionäre und die Grundbesitzer das Geld einstecken, dann geht es um ein Problem der Wirtschaftsystems.

Der Staat ist zu einer Mega-NGO geworden. Der nicaraguanische Staat ist nicht wirklich ein Staat der etwas aufbaut, der versucht, Dynamik in die Wirtschaft zu bringen. Da ist ein strukturelles Problem. Unsere Regierung geht betteln, ruft nach Solidarität von außen, aber weiß nicht genau wofür. Und so sagen die ausländischen Regierungen und Entwicklungsorganisationen: Wir geben Dir dieses Geld hierfür, mit dieser Spende sollst Du jenes Projekt aufbauen usw. Schlimmer noch sind die internationalen Finanzorganisationen, die Kredite anbieten, unter der Bedingung, zum Beispiel die Energieversorgung oder die Telefongesellschaft zu privatisieren. Der Staat, konzeptlos wie er ist, macht das alles mit.

Unser Eindruck ist, dass die sozialen Bewegungen hier relativ frei agieren können, während sie in anderen Ländern, etwa Guatemala oder El Salvador, viel stärkerer Repression seitens des Staates und anderer Gruppen ausgesetzt sind. Wie schätzt Du den derzeitigen Stand der nicaraguanischen Bewegungen ein? Können sie diesen Spielraum nutzen?

W.R.: Dass die sozialen Bewegungen hierzulande viel weniger Repression erfahren als in den Nachbarländern liegt eindeutig auch daran, dass bei uns die Polizei und das Heer Institutionen sind, die sich als Erben der Revolution verstehen.

Andererseits muss ich sagen, dass die fortschrittlichen oder auch revolutionären Bewegungen hierzulande in einer politischen Abhängigkeit verhaftet sind, und zwar von der FSLN. Die-

se Abhängigkeit hemmt sie in ihrer eigenen organisatorischen Entwicklung, weil sie sich unter einem schützenden Schirm befinden, der sie zwingt, sich so zu verhalten, wie es der Partei nützt. Auch wenn es viele Organisationen gibt, sie sind nicht in der Lage, ihre eigene, autonome Strategie zu entwickeln.

Organisationen wie die ATC oder die UNAG (Landarbeiter- bzw. Bauernverband) verstehen sich als Kinder der Revolution. Aber wenn sie ewig unter dem Schutz ihrer Mutter bleiben wollen, behalten sie eine eingeengte, parteigebundene Perspektive und entwickeln keine offene Sicht der aktuellen Verhältnisse, ihrer Verbündeten, ihrer Mitglieder. Einige sind derzeit dabei, sich abzunabeln, andere nicht, dritte sind ganz neu entstanden und völlig unabhängig.

Wir arbeiten daran, in der nicaraguanischen Gesellschaft einen gewissen Grad an Bewusstsein und menschlicher Entwicklung aus einer sozialen Perspektive zu entwickeln. Wir haben hier derzeit nur zwei wichtige Akteure: Den Staat und die Parteien. Was fehlt ist ein dritter Akteur, die unabhängigen sozialen Bewegungen. Diese befinden sich derzeit im Aufbau.

Bist Du für den Erhalt des Staates, wie er heute in Nicaragua besteht? Welche Funktion denkst Du, sollte der Staat erfüllen?

W.R.: Wir haben hier erst die vierte Wahl nach 45 Jahren Diktatur, es wäre wohl ein bisschen sehr vermessen, von Nicaragua ein erfolgreiches demokratisches Modell zu erwarten. In anderen Ländern ist es nach 70 oder 80 Jahren Demokratie noch im-

mer nicht soweit, dass die Wahlen zur Lösung ihrer Probleme geführt haben. Sicher, es gibt Länder, in denen die Demokratie funktioniert, z.B. Dänemark oder Schweden. Es ist bezeichnend, dass deren Präsidenten kaum bekannt sind, während jeder schon von Bush oder Berlusconi gehört hat. Ich glaube, dass wir gute Teams für die Regierung brauchen und keine großen Führer. Diejenigen, die am besten die Landwirtschaft in diesem Land voranbringen können, sind die Bauern selbst.

Eine Gesellschaft ohne Staat kann ich mir nicht vorstellen, denn die Produktion muss ja organisiert werden. Dazu braucht es ein administratives Team von Experten aus den produktiven Sektoren, die die Verwaltung machen, die dezentralisieren und die Entwicklung voran bringen.

Ansonsten geht es darum, die soziale Selbstorganisation in den Gemeinden zu stärken, um sich von der Dominanz des privaten Kapitals und des Staates unabhängig zu machen. Dabei ist es wichtig, dass sich die Kräfte innerhalb der Gemeinden nicht beherrschen, sondern gegenseitig ergänzen.

In welche Richtung agiert das CEI? Setzt Ihr Euch für einen stärkeren Staat ein? Oder geht es Euch mehr darum, die sozialen Bewegungen zu stärken?

W.R.: Wir hatten hier in Nicaragua schon jegliche Arten von Regierungen – schwache, neoliberale, revolutionäre und eine Regierung, die so stark war, dass sie zu einer Diktatur geworden ist. Die nicaraguanische Geschichte hat uns gezeigt, dass starke Regierungen uns rückständiger gemacht haben. Deshalb glauben wir, als CEI, dass ein gerechtes Gleichgewicht zwischen den unterschiedlichen politischen Richtungen nötig ist. Warum glauben wir das?

Weil wir glauben, dass eine Regierung mit absoluter Kontrolle jeglichen Wahnsinn begehen kann. Und eine extrem linke Regierung? Das könnte negative Folgen haben,

weil wir von der Zusammenarbeit mit dem Ausland abhängig sind, wie ich Euch erklärt habe. Und eine schwächliche Regierung, wie die, die wir zuletzt gehabt haben, lähmt den Staat. Deshalb brauchen wir ein Team mit verschiedenen Kompetenzen und politischen Richtungen, das einen Konsens in grundlegenden Fragen zulässt. Wenn sich verschiedene politische Richtungen zusammen tun, könnte in Nicaragua ein wirklicher Wandel stattfinden.

Bis es in Nicaragua wirklich Gerechtigkeit gibt, wird das CEI die sozial und wirtschaftlich schlechter Gestellten unterstützen. Deshalb glauben wir an die Strategie, die sozialen Organisationen und Bewegungen zu unterstützen und ihre Organisation zu stärken. Damit Nicaragua schöner wird, muss es am Aufbau einer anderen Welt arbeiten, in der die Menschen das Subjekt ihrer eigenen Politik werden. Dafür muss jede_r für sich neue soziale Rollen annehmen und die sozialen Organisationen müssen anfangen, sich damit auseinanderzusetzen, was die Regierung in internationalen Zusammenhängen vor hat. Sie entscheidet in unserem Namen,

deshalb müssen diese Dinge an die Betroffenen weiter kommuniziert werden. Wir müssen hinter die Kulissen blicken und beispielsweise beobachten, ob die Versprechungen der Gemeindeverwaltungen am Ende des Jahres auch umgesetzt wurden. Wir müssen darauf achten, was mit unseren Steuergeldern gemacht wird.

Wichtig ist auch, dass es zum ersten Mal vier starke Parteien in Nicaragua gibt, die wohl im Parlament vertreten sein werden.* Jede dieser Parteien hört auf andere soziale Gruppen, so werden in Zukunft auch Menschen gehört werden, die früher von der Politik vernachlässigt oder aus dem politischen Diskurs ausgeschlossen waren. Das hat eine große Bedeutung für Nicaragua, unabhängig davon, welche Partei die Wahlen gewinnt. Nicaragua befindet sich gerade erst im Prozess der Demokratisierung und ist auf diesem Weg in letzter Zeit ein ganzes Stück vorangekommen.

* Neue Sitzverteilung in der Nationalversammlung nach den Wahlen vom November 2006: FSLN 38, PLC 25, ALN 24, MRS 5



„Wer auch die Wahlen gewinnt – wir kämpfen weiter“ - Douglas Morán vom Movimiento Comunal de Matagalpa tritt für eine parteiunabhängige Organisation der Landbevölkerung in seinem Wohnort San Isidro ein.

Foto: Brigade Resi Huber

Schulterschluss gegen Politik von rechts

Die sozialen Bewegungen in El Salvador bündeln ihre Kräfte

(ah/ms) Ein Gespräch mit Javier Rivera über aktuelle politische Entwicklungen und Fragen der politischen Organisation in El Salvador. Javier ist Aktivist im "Red Ciudadana frente a los transgenicos en El Salvador" (Netzwerk gegen Gentechnik in El Salvador) und ein langjähriger Freund des Ökumenischen Büros.

Welches sind zur Zeit die wichtigsten Themen in El Salvador?

In El Salvador wird gerade intensiv über die Wahlreform gesprochen. Ein entscheidender Punkt dabei ist die Vereinigung der rechten Kräfte im Land: die drei Parteien ARENA (Alianza Republicana Nacionalista de El Salvador), PCN (Partido de Conciliación Nacional) und PDC (Partido Demócrata Cristiano) beginnen als Block zu arbeiten. Das hat es in den letzten Jahren nicht gegeben. Zwar haben sie schon früher im Parlament gemeinsam abgestimmt, um Gesetze durchzubekommen, aber nun gibt es eine Allianz der Rechten. Das führt zu einer größeren Polarisierung im Land. Obwohl man jetzt noch nicht davon spricht, werden wir es mit einem Zwei-Parteien-System zu tun bekommen, bestehend aus einer rechten Allianz aus drei Parteien, und der linken Partei FMLN (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional). Ich glaube, dass diese Polarisierung gerade etwas wesentliches ist. Meiner Einschätzung nach geschieht sie aus wahltaktischen Gründen, weil die Frente gerade große Möglichkeiten hat, die Wahlen 2009 zu gewinnen.

Ein anderes wichtiges Thema sind die Freihandelsabkommen, von denen ich zwei hervorheben möchte. Das eine ist die Intensivierung des Freihandelsabkommens mit den USA und das andere ist die Diskussion um das

Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union. Vom Freihandelsabkommen mit den USA wissen wir, dass es eine starke wirtschaftliche Krise erzeugt und zum Zusammenbruch der ohnehin schon geringen landwirtschaftlichen Produktion führt. Dieser totale Zusammenbruch durch die Einfuhr von (zollfreien und subventionierten, Anm. d. R.) Produkten führt dazu, dass der Agrarsektor mit am stärksten betroffen ist im Land. Diese Krise verstärkt sich durch das Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union.

Die Europäische Union ist vor allem deswegen an Zentralamerika interessiert, weil sie dort mit ihren verschiedenen großen Agrarindustrien und Pharmakonzernen einen Fuß auf den Boden bekommen will. Zentralamerika verfügt über zwölf Prozent der weltweiten Biodiversität, was für Pharmakonzerne viele Möglichkeiten bietet, Geschäfte zu machen. Das ist es, was die Europäische Union an Zentralamerika interessiert. Freihandelsabkommen, das sind keine humanen Abkommen, sondern schlicht und einfach Handelsabkommen. Ein Freihandelsabkommen bleibt ein Freihandelsabkommen, sei es mit den USA, Taiwan, Kanada oder mit der Europäischen Union, unabhängig von der Zugehörigkeit zu den Machtblöcken. Das ist eine Frage des Nord-Süd-Verhältnisses, der Handelspolitik des Nordens mit dem Süden, welche den Norden bereichert. Das ist gerade ein wichtiges Thema.

Natürlich gibt es weitere wichtige Themen, die in El Salvador derzeit diskutiert werden, zum Beispiel die Eröffnung der "International Law Enforcement Academy" (ILEA). Die ILEA steht in der Kontinuität der

"School of the Americas" (SOA), nur in demokratischem Gewand. (Die SOA, inzwischen Western Hemisphere Institute for Security Cooperation, ist ein von den USA unterhaltenes Trainingszentrum zur Aufstandsbekämpfung für lateinamerikanische Militärs und Sicherheitskräfte, mehrere SOA-Absolventen waren nachweislich in Massaker und Menschenrechtsverletzungen verwickelt, Anm. der Red.). Bedauerlicherweise beteiligt sich auch eine der Organisationen, welche die Machenschaften der SOA in den letzten Jahrzehnten angeprangert hat, an der Ausbildung der Militärs an der ILEA. Es handelt sich dabei um die UCA (Universidad Centroamericana José Simeón Cañas, die Universität der Jesuiten in El Salvador, Anm. der Red.) mit ihrem Menschenrechtsinstitut IDHUCA. Niemand weiß, welches Ziel IDHUCA damit verfolgt. Man hat das Institut um eine Erklärung gebeten, aber sie haben sich bisher nicht dazu geäußert. Und das ist nicht das einzige. IDHUCA vertritt zur Zeit auch die Interessen der Maquilaindustrie in El Salvador, indem sie das Auditing für die Maquilas (Weltmarktfabriken, Anm. der Red.) in El Salvador übernommen hat. Und das ist ebenfalls sehr bedauerlich von einer Organisation, die von sich sagt, dass sie die Menschen- und Arbeitsrechte verteidigt.

Wie ist denn die Situation in den Maquilas in El Salvador zur Zeit?

Die Maquilas sind ein Wirtschaftszweig, der dabei ist zu verschwinden. Denn in El Salvador ist der Mindestlohn höher als in Honduras und Nicaragua und sehr viel höher als beispielsweise in China. Das bedeutet, dass die Arbeitsplätze in den Maquilas in El Salvador, zu denen es aufgrund der Armut und der Arbeitslo-

sigkeit wenig Alternativen gibt, gefährdet sind. Und dies wiederum führt dazu, dass die Arbeiter_innen sich nicht organisieren, denn es gibt die famosen schwarzen Listen (in ihnen sind die organisierten Arbeiter_innen aufgeführt, sie haben damit keine Aussicht auf Wiedereinstellung in anderen Maquilas, Anm. d. R.). Um der Kritik an den schwarzen Listen der Maquilas etwas Wind aus den Segeln zu nehmen, wurden in den Maquilas gelbe Gewerkschaften gegründet. Diese sind aber von der Unternehmensführung selbst und vertreten deren Interessen. Du hast also das Recht, dich in diesen so genannten Gewerkschaften zu engagieren. Aber die schwarzen Listen existieren nach wie vor und sollen verhindern, dass du dich aus Angst vor Entlassung zu einer richtigen Gewerkschaft zusammenschließt. Andere Gewerkschaften zu gründen ist verboten. Die Kontrolle der Maquilaarbeiter_innen ist immer noch groß.

Und was gibt es sonst noch für Themen, die öffentlich diskutiert werden?

Es gibt natürlich eine Menge, aber was ich gerne noch herausheben möchte: Es gibt eine landesweite Bewegung, angestoßen vor allem von Nichtregierungsorganisationen, die aufzeigen will, dass ein anderes El Salvador möglich ist. Dabei werden verschiedene Kräfte gebündelt. Und die Leute fangen an zu zeigen, was sie produzieren. Ich glaube, dass es ziemlich wichtig ist, dass wir zeigen, dass man etwas machen kann, dass es nicht nur ein Diskurs ist. In diesem Fall geht es um den Markt, der nicht nur ein Markt mit biologischen Nahrungsmitteln ist, sondern ein Netzwerk von Märkten, von lokalen Produzent_innen. Und das bedeutet die Wiederaneignung der lokalen Ökonomie, mit dem Konzept der Ernährungssouveränität. Wir glauben, dass diesem Thema gerade zu wenig Beachtung geschenkt wird, dass es aber wichtig wäre, denn es zeigt konkrete lebbare Alternativen auf, die erprobt werden.

Wichtig zur Zeit ist außerdem die Neugruppierung der sozialen Organi-

sationen und Bewegungen. Die derzeitige Krise hat dazu geführt, dass sie sich öffnen, in Diskussion miteinander treten und die Arbeit der unterschiedlichen Kräfte besser miteinander koordinieren und integrieren. Was das bedeutet? In den verschiedenen Gruppierungen wie dem Bloque Popular Social (FMLN-naher Zusammenschluss verschiedener sozialer Organisationen, 2003 gegründet, Anm. d. Red.), dem Movimiento de Resistencia Popular – 12 de Octubre (MPR-12), dem Red Sinti Techan (MPR-12 und Red Sinti Techan: Netzwerke gegen Freihandel und Neoliberalismus, Anm. d. Red.) und auch in anderen Organisationen haben die Leute in der Vergangenheit ihre Arbeit alle unabhängig von einander gemacht. Aber die mesoamerikanischen Foren mit dem Motto "Ein anderes Mesoamerika ist möglich!" haben dazu geführt, dass sich die verschiedenen Organisationen annähern und bei verschiedenen Themen zusammenarbeiten. Das ist eine gute Sache, und wir müssen beobachten, wie sich das entwickelt. Gemeinsame Ar-



Die sozialen Bewegungen in El Salvador bündeln ihre Kräfte

beit gegen die Freihandelsabkommen, Vorschläge zu einer ausgewogenen Produktion, Einflussnahme auf Politik und Gesetzgebung, wenn es zum Beispiel um die Annahme oder Verhinderung von Gesetzen geht, der Kampf gegen die Korruption – das alles sind gemeinsame Anstrengungen von Seiten der sozialen Organisationen und Gruppierungen. Während in den Jahren zuvor alle eher für sich alleine gearbeitet haben, beginnt nun also ein Prozess der verstärkten Zusammenarbeit. Neu ist außerdem, dass sich die Partei an diese soziale Bewegung annähert und unterstützt. Das führt auch dazu, dass die FMLN ihre Vision von Regierungsarbeit verändert und anfängt, eine direkte Verbindung zur sozialen Bewegung aufzubauen. Das war in den letzten zehn Jahren nicht so.

Wie reagieren die sozialen Organisationen und Bewegungen angesichts der Annäherung der FMLN?

Es gab in den letzten Jahren Kritik von Seiten der sozialen Bewegungen, dass die Frente sich von den landesweiten Kämpfen entferne, weil sie sich eher der parlamentarischen Arbeit verschrieben hatte. Die FMLN war eine politische Partei, die von sich sagte, links zu sein, den Interessen der Linken aber nicht gerecht wurde. Das war eine starke Kritik in den letzten Jahren. Jetzt integriert sich die FMLN in die politisch organisierte Gesellschaft und wird zum Teil dieses Blocks. Nicht mit Führungsanspruch, sondern als gleichwertige Partner_in, d. h. mit den gleichen Rechten, den gleichen Pflichten. Noch stehen einige soziale Bewegungen diesen Entwicklungen skeptisch gegenüber. Aber ich meine, dass dieser Annäherungsprozess positiv ist und Kräfte bündeln kann. Es würde auch ermöglichen, unsere Themen mehr ins Parlament einbringen zu können. Dieser Prozess steht allerdings erst am Anfang und wir müssen schauen, was daraus wird.

Meinst Du, dass sich die Leute repolitisieren und dass die sozialen Bewegungen stärker werden?

Man muss da verschiedene Ebenen unterscheiden. Die Jugendlichen sind schon sehr polarisiert. Die organi-

sierte Jugend ist groß, aber ziemlich polarisiert. Und ein anderer Teil der Bevölkerung blockiert aus purer Not die Straßen, die Menschen sind aber nicht notwendigerweise Teil einer Organisation oder Bewegung. Da gibt es Proteste, Straßensperren, bei denen die Bewohner_innen der Gemeinden mit Schildern und Transparenten auf die Strasse gehen. Hinter ihnen steht niemand, sie reklamieren, dass sie kein Wasser haben, aber Wasser brauchen, keine Häuser haben, aber welche brauchen. Sie fangen an, verschiedene Themen anzusprechen, und das ist ein etwas Neues, das zur Zeit in El Salvador entsteht.

Wie reagiert die Regierung darauf?

Sie meint, dass es sich um Terrorist_innen handelt und dass es darum ein Antiterrorgesetz geben muss. Dieses wurde bereits von den rechten Parteien verabschiedet. Nun wurden Spezialgerichte eingeführt, um dieses Gesetz anzuwenden. Das ist übrigens verfassungswidrig. Mit diesem Antiterrorgesetz kannst du schon als Terrorist_in verhaftet werden, wenn du vermute auf einer Demo festgenommen wirst oder ein Auto kaputt schlägst oder verbrennst. Die Strafen, die das Gesetz vorsieht, bewegen sich zwischen elf und 40 Jahren. Das Antiterrorgesetz definiert nicht, was Terrorismus ist. Terrorist_in können folglich alle sein. Und da liegt das Problem bei der Anwendung des Gesetzes. Denn damit du als Terrorist_in angeklagt werden kannst, muss doch erst definiert werden, was ein_e Terrorist_in ist. Aber dieses Gesetz tut das nicht.

Was bedeutet dieses Gesetz für die sozialen Bewegungen?

Die Regierung möchte die Leute einschüchtern, damit sie nicht protestieren, damit diese Anfänge der Organisation, von denen ich gerade erzählt habe, zerstört werden, damit die Leute ihre Rechte nicht einfordern. Aber sie wird ihr Ziel nicht erreichen, die Leute in El Salvador haben keine Angst.

Doch die politischen Morde nehmen seit letztem Jahr zu. Was bedeutet das für die Organisation der Menschen?

Die Organisierten sollen eingeschüchtert werden. Aber die Erfahrung in El Salvador mit dem Krieg war, dass es für die Leute zwar schwierig war, sich zu organisieren, weil sie von den Todesschwadronen bedroht wurden, doch trotzdem hat die Organisation niemals aufgehört, sondern ist weiter gegangen. Ich glaube, dass die Armut im Land, die Ausgrenzung und die Marginalisierung dazu führen, dass die Organisation weitergeht. Und da mag es das Antiterrorgesetz geben, da können die politischen Morde zunehmen, aber die Organisation der Leute bleibt. Die Situation im Land ist so schwierig, dass das alles in einer sozialen Explosion münden kann, aber noch ist alles in den Anfängen.

Welche Vision haben die sozialen Bewegungen?

Im Moment geht es vor allem um Teilbereichskämpfe. Es gibt Gemeinden, die keinen Wasserzugang haben. Sie organisieren sich rund ums Thema Wasser und fordern Wasser. Es gibt Organisationen, die unlicenzierte CDs verkaufen und keine Abgaben dafür zahlen. Sie fordern, dass sie weiterarbeiten dürfen, denn sie haben keine anderen Einkommensmöglichkeiten. In den Maquilas fordern die Arbeiter_innen Arbeitsrechte. Es geht also mehr um themenbezogene Forderungen. Und das ist wichtig, weil sich Gruppen bilden. Die Umweltschützer_innen protestieren wegen diesem oder jenem, die Gemeinden, weil sie keinen Zugang zu Wasser oder Energie haben, weil es keine bezahlte Arbeit gibt, weil das Land, auf dem sie leben, verseucht ist. Ich glaube nicht, dass es ein globales Thema gibt, unter dessen Banner sich alle vereinen. Die Freihandelsabkommen könnten so ein Thema sein, aber diese sind so abstrakt, dass die Leute das erst einmal nicht konkret fassen können. Es gibt aber sehr konkrete Auswirkungen, zum Beispiel keine Kredite für die kleinbäuerliche Landwirtschaft, überhaupt Verfall der Landwirtschaft, fehlendes Wasser, Privatisierung der Energie und der Wasserversorgung.

Vielen Dank für das Interview!

„Tenemos que recordar, ratos buenos, ratos tristes...“

Erinnern in Ciudad Juárez

(ssch) Im November und Dezember 2006 entstanden in Ciudad Juárez drei Wandbilder als Teil eines Projektes, das Kunst verbindet mit einem sozialen und politischen Anliegen - nämlich den Müttern, Kindern, Familienangehörigen und FreundInnen von verschwundenen und ermordeten Frauen in Ciudad Juárez eine Stimme

zu geben und eigene Formen zu finden, sich zu erinnern.

Wandbilder in Ciudad Juárez

Die Idee des Projektvorhabens war, Murales (Wandbilder) im Museum in San Agustín, ca. 35 km von Ciudad Juárez entfernt im Valle de

Juárez, zu malen. In sechs Wochen im Oktober und November 2006 entstanden an drei großen Außenwänden im Patio des Museums drei Murales, die von den Kindern, Jugendlichen, Müttern, MitarbeiterInnen und FreundInnen der Organisation *Nuestras Hijas de Regreso a Casa* (NHRC) entworfen wurden. Das Pro-



jekt fand als Teil des Programms „Arte terapia, derechos humanos y educación para niñas y niños familiares de mujeres asesinadas y desaparecidas en Ciudad Juárez“ („Kunsttherapie, Menschenrechte und Bildung/Erziehung für Kinder und Familienangehörige von ermordeten und verschwundenen Frauen in Ciudad Juárez“) statt, um Kindern und Familienangehörigen von ermordeten und verschwundenen Frauen bei der Bewältigung ihrer traumatisierenden Erlebnisse zu helfen und die betroffenen Familien, die von anderer Seite keinerlei Hilfe erhalten, zu unterstützen. Gefördert wurde dieses Vorhaben vom Ökumenischen Büro und mit Unterstützung von Stiftungsgeldern sowie einer Spendenaktion konnten wir Farben, Pinsel, eine Videokamera, alles notwendige Material sowie Verpflegung und die Kosten der Einweihungsfeier bestreiten. Meine Aufgabe als Koordinatorin und Anleiterin dieses partizipativen Kunstprojektes war, mit den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zusammen die Entwürfe zu gestalten, anschließend auf die Wände zu projizieren und künstlerisch auszugestalten.

Deshalb verbrachte ich einige Monate in Ciudad Juárez, begleitete die Arbeit an den Wandbildern und widmete mich anschließend einige Wochen der Videodokumentation des Projektes. Die Arbeit an den Murales erforderte viel Einsatz und Zusammenarbeit von allen Beteiligten, sowohl was die künstlerische Ausführung als auch die Inhalte betraf. Aber auch für mich war die Arbeit sehr intensiv und interessant, da ich über den Zeitraum von einigen Monaten meines Aufenthalts in Ciudad Juárez viel über die persönlichen Lebensumstände der Familien mitbekam, die z.T. so unterschiedlich sind wie die Frauen, die sich in der Organisation NHRC zusammengefunden haben. Allen gemeinsam ist jedoch die Intention, die in den Murales deutlich wird, und die in allen Interviews, die ich anschließend führte, von den Frauen formuliert wurde. Es ist die Suche nach Formen, an das zu erinnern – was persönlich, aber auch in der Öffentlichkeit – durch die Ignoranz von Regierung und staatlichen Behörden und deren Versuchen, zu verharmlosen, zu leugnen

und zu vertuschen, nicht in Vergessenheit zu geraten droht. Damit präsent bleibt, was sich in Ciudad Juárez in den vergangenen mehr als zehn Jahren ereignet hat: mehr als 500 brutale Morde an Mädchen und jungen Frauen, und mehr als 1.500 ungeklärte Fälle von entführten und verschwundenen Frauen. Obwohl die Rate der Morde an Mädchen und Frauen auch in anderen Teilen Mexikos wesentlich angestiegen ist, steht Ciudad Juárez auch für ein System, das die brutale Gewalt gegen Frauen unterstützt, Aufklärung bewusst verhindert und die Fälle des Femicidio (systematische Morde an Frauen) zum großen Teil straflos bleiben lässt.

Obwohl schon der Unterschied zwischen Mittel- und Oberschicht und der ArbeiterInnenklasse deutlich macht, wie es möglich werden konnte, dass in den vergangenen 12 Jahren mehr als 500 Mädchen und junge Frauen entführt und ermordet werden konnten – es ist Ignoranz, Ausbeutung und Schutzlosigkeit, denen die Frauen, meist ArbeiterInnen in den Maquilas (Niedriglohnfabriken) ausgesetzt sind – hat sich in Ciudad Juárez jedoch zusätzlich in den vergangenen zwanzig Jahren der Ansiedlung von Maquilas, der Expansion und der Investition von viel Kapital eine Macht etabliert, die aus einem Geflecht vermöglicher Familien und Unternehmer von Ciudad Juárez, der Mafia und dem organisierten Verbrechen sowie den korrupten Regierungen, dem Polizeiapparat und der Justiz besteht. Dieses Machtgefüge hat bekannte Gesichter und Namen in der Stadt, und der größte Teil der mehr als 500 Morde und schätzungsweise 1.500 verschwundenen Frauen ist nach verschiedenen Recherchen und Aussagen der Angehörigenorganisationen wie NHRC diesen Gruppen und Personen zuzurechnen.*

Erinnern in der Öffentlichkeit

„Tenemos que recordar, ratos buenos, ratos tristes, aunque sea en la pintura...“ (Wir müssen uns erinnern, an gute und schlechte Zeiten, auch mit Hilfe der Malerei...) Mit diesem Satz beendet Eva Arce, Mutter der seit einigen Jahren verschwundenen Silvia Arce, das Interview, das wir in ihrem

Wohnzimmer auf Video aufnehmen. Diese Gespräche mit Doña Eva sowie den anderen Frauen von NHRC sollen dokumentieren, wie sie sich an ihre verschwundenen und ermordeten Töchter erinnern und warum es ihnen wichtig ist, diese Erinnerungen in Bildern, Aktionen, Liedern etc. in der Öffentlichkeit zu zeigen und aufrechtzuerhalten.

Doña Eva erzählt viele Details der gemeinsamen Arbeit und betont, dass ohne öffentliche Aktionen, Film- und Radioproduktionen, Kunstprojekte etc. die verschwundenen und ermordeten Töchter von Ciudad Juárez in der Öffentlichkeit nicht präsent wären: „Den jetzigen Bürgermeister von Ciudad Juárez interessiert in erster Linie die Ökonomie der Stadt. Wenn er auf die ungeklärten Morde angesprochen wird, gibt er dazu ungern oder gar kein Statement ab, sondern erklärt, dass er sich lieber zur ökonomischen Entwicklung von Ciudad Juárez äußert. Er hat kein Interesse daran, dass in der Öffentlichkeit etwas daran erinnert, was in den letzten Jahren hier geschehen ist – im Gegenteil, am liebsten wäre ihm, dass nach und nach die Erinnerungen verblassen.“

In der Zusammenarbeit mit den Frauen von NHRC als auch in vielen Gesprächen mit Menschen, die ich kennen lernte, wurde klar, wie in der Öffentlichkeit mit dem Femicidio umgegangen wird. Und auch, warum wichtig ist, dass das Thema präsent bleibt. Nach den Interviews für die Videodokumentation bestätigt sich der Eindruck, dass durch das Leugnen und die Ignoranz der staatlichen Behörden versucht wurde, abzulenken, abzuwiegeln und keinerlei Verantwortung zur Aufklärung zu übernehmen – und dies mit Erfolg. In der öffentlichen Wahrnehmung kursieren nach wie vor die verschiedensten Theorien über die Motive, kritisiert wird oft das Verhalten der Frauen, die die Taten provozieren, viele vermuten, dass die Mordserie aufgehört hat, oder gehen davon aus, dass die Schuldigen verfolgt und bestraft werden. Es ist deutlich, dass nach wie vor für viele Menschen in Ciudad Juárez unklar bleibt, was hinter dem Femicidio steht. Die Strategie der Regierung scheint aufgegangen zu sein, und deshalb fahren die Frauen von NHRC

fort, durch öffentliche Aktionen zu erinnern und Gerechtigkeit zu fordern.

„El Corrido de Airis“

Seit langem schon halten viele der Frauen ihre Trauer, den Verlust und die Erinnerung in Gedichten, Liedern, Bildern und Geschichten fest. Ruby Panda, Mutter der damals siebenjährigen Airis Estrella, die vor zwei Jahren entführt, brutal gefoltert und ermordet wurde, schreibt Lieder, die von der Realität in Ciudad Juárez erzählen, und von dem Wunsch, dass die Mädchen und Frauen der Stadt ohne Angst leben können. Zu dem Lied „Corrido de Airis“, (Corrido: populäre Musik, Tanzmusik im Stil des nördlichen Me-

xikos), erklärt sie, dass sie nicht nur ihre persönlichen Erinnerungen aufrechterhalten will, sondern dass auch die EinwohnerInnen der Stadt nicht vergessen, dass Airis eine Tochter von Ciudad Juárez war. Der Corrido ist Repertoire einer Band und ist in verschiedenen Cantinas in der Stadt zu hören, auch gibt es mittlerweile Aufnahmen einiger Lieder, die von der Band sowie von Abril, einer der Töchter Rubys, interpretiert werden.

Alle diese Texte, Bilder und Geschichten sind Spiegel der politischen und sozialen Realität einer Stadt, die durch die Morde und die Gewalt gegen Mädchen und Frauen sowie deren Straflosigkeit geprägt und verändert wurde. Sie sind sichtbarer Ausdruck

gegen die Ignoranz und das Vergessen – und ein wichtiger Aspekt in dieser Form von Erinnern ist, dass diese Geschichten direkt von den Müttern, den Kindern, Jugendlichen und den Familienangehörigen der Opfer erzählt werden.

* Gute Recherchen und Publikationen:

„Bajo Juárez“, Dokumentarfilm von Alejandra Sánchez und Antonio Cordero, 2006

„La escritura en el cuerpo de las mujeres asesinadas en Ciudad Juárez“, Studie von Rita Laura Segato, 2004
„Cosecha de mujeres“, Publikation



INKOTA-Brief Die Nord-Süd-Zeitschrift aus Berlin

Der neue Rohstoffboom: Krisen und Konflikte

Nummer 140 – Juni 2007, 48 Seiten, 3,50 Euro

- Wie der steigende Ressourcenverbrauch Ökonomie und Politik global verändert
- Die UNO und das Problem der Klimawandelsursachen
- Rebellengruppen und Kriegswirtschaft in Liberia und Sierra Leone
- Der Huste des Öls: Gewaltkonflikte, Korruption und Miswirtschaft
- Wie die Energiepolitik der Weltbank Konflikte schürt
- Die Potenziale erneuerbarer Energien für Konfliktvermeidung und Klimaschutz

Es schreiben u.a. Dennis Johnson, Mai Elvers, Sofie Gosham, Gidon Hayman, Elias Sison, Verena Kuntel, Wolf Christian Poes, Jürgen Wagner, Daniela Delfino, Carole Montero, Werner Paschan und Frank Müschner-Belkmann

Bestellung: INKOTA-netzwerk e.V. • inkota-brief@inkota.de • Tel. 030 - 42 89 111



Atenco, Oaxaca, „Krieg gegen die Kartelle“, ...

Mexico: Ein Jahr der Repression

Richard Runge. *Auch ein Jahr nach dem Polizeiiüberfall auf San Salvador Atenco zeigt sich Mexiko von seiner repressiven Seite: Während Schätzungen zufolge etwa 1.000 politische Gefangene in den Gefängnissen sitzen und die Justiz ihren politischen Charakter offenbart, setzt der neue Präsident Felipe Calderón das Militär zur scheinbaren Bekämpfung der Drogenkartelle ein.*

„Als ich Nacho kennen lernte, wusste ich nicht viel von seinen Idealen. Inzwischen bin ich einen weiten Weg mit ihm gegangen. Ich bin stolz auf ihn und bereue nichts!“ Mit diesen Worten nahm Trinidad Ramírez, die Frau von Ignacio del Valle Medina (Nacho) am 5. Mai in Cuernavaca (Mexiko) den Menschenrechtspreis Premio Nacional de Derechos Humanos Don Sergio Méndez Arceo entgegen, der ihrem Mann und der Frente de los Pueblos en Defensa de la Tierra (FPDT, etwa Front der Dörfer zur Verteidigung der Erde) aus San Salvador Atenco verliehen worden war (siehe Kasten). Ignacio del Valle selbst konnte den Preis leider nicht entgegennehmen. Er sitzt seit dem 4. Mai 2006 gemeinsam mit 28 anderen Einwohner_innen von Atenco in Haft. An diesem Tag war eine Armee von etwa 3.000 Polizist_innen in die Kleinstadt eingefallen und hatte in einem regelrechten Racherausch wahllos alle verprügelt, die sie vorfand, Einrichtungen zerstört und willkürlich 217 Verhaftungen vorgenommen. Während des Gefangenentransports wurden 30 der 44 Frauen sexuell belästigt oder vergewaltigt.

Ein gutes Dutzend Polizist_innen unterer Dienstgrade war daraufhin in der Zeit des größten nationalen und internationalen Medieninteresses vorübergehend vom Dienst suspendiert worden. Mittlerweile sind sie wieder im Polizeidienst tätig. Der Vorsitzende

des Obersten Bundesgerichtshofes SCJN, Sergio Salvador Aguirre Anguiano, wurde mit der Bemerkung zitiert, es „sei offensichtlich, dass der soziale Frieden bereits wieder hergestellt“ worden ist. Eine neuerliche Untersuchung der Vorfälle würde „eine Erhitzung der Gemüter hervorrufen, welche Konsequenzen nach sich zöge, die der Aufrechterhaltung von Ordnung und der Stabilität entgegen liefen“ (1).

Vor dem Hintergrund dieses „sozialen Friedens“ sind Strafverfahren wegen Widerstand, Entführung und Eingreifen in das Verkehrswesen gegen 165 Aktivist_innen aus Atenco noch nicht abgeschlossen. Wie diese nach dem Wunsch der mexikanischen Justiz und Politik ausgehen sollen, wurde ebenfalls am 5. Mai deutlich: Die FPDT-Mitglieder Ignacio del Valle Medina, Felipe Alvarez Hernández und Héctor Galindo Gochicua wurden jeweils zu einer Haftstrafe von 67 Jahren und sechs Monaten verurteilt. Zusätzlich sollen sie eine Geldstrafe in Höhe von 2.476 Tagesmindestgehältern ableisten. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass sie im Februar und April 2006 Staatsbeamte kurzfristig „ihrer Freiheit beraubt“ hätten.

Dass es sich hierbei geradezu um ein Musterbeispiel politischer Justiz mit erwünschtem Abschreckungscharakter gegen jeglichen sozialen Widerstand handelt, be-

weist nicht nur das Datum des Urteilspruchs: just der Jahrestag ihrer Festnahme. Laut ihrer Anwältin Bárbara Zamora beruhen die Anschuldigungen gegen die drei zudem lediglich auf der Aussage eines einzigen Zeugen. Nicht einmal die Opfer der angeblichen Entführung hätten die Angeklagten als Verantwortliche erkannt. Sie bezeichnete das Urteil als „eine



Ignacio del Valle wird verletzt in die Subprocuraduría de Justicia de Texcoco gebracht
Foto Alfredo Domínguez <http://www.jornada.unam.mx/2006/05/04/>

Schande“ (2). Auch die Präsidentin der Menschenrechtskommission des Senats, Rosario Ibarra de Piedra ist der Ansicht, dass es sich bei den Urteilen um einen Versuch handelt, „die Forderungen der Bevölkerung nach Freiheit und Gerechtigkeit zum Schweigen zu bringen“ (3).

Um die Einhaltung der politischen wie sozialen Menschenrechte steht es nach einem halben Jahr Politik der „harten Hand“ des neuen Präsidenten Felipe Calderón schlecht. Bereits die Amtshandlungen in den ersten Wochen nach seiner tumultartigen Amtseinführung am 1. Dezember 2006 ließen die Marschrichtung überaus deutlich erkennen: Der Bildungsetat wur-

Der Konflikt in San Salvador Atenco (Bundesstaat México)

Am 22. Oktober 2001 erfuhren die Bewohner_innen der Kleinstadt San Salvador Atenco nahe Mexiko-Stadt aus den Medien von der Enteignung ihres Landes. Ohne vorherige Verhandlungen hatte die Regierung Fox am Vortag diesen Akt beschlossen, um einen neuen Großflughafen für die mexikanische Metropole zu bauen. Die Eigentümer_innen sollten mit nur sieben Pesos (heute etwa 50 Eurocent) je Quadratmeter „entschädigt“ und zwangsumgesiedelt werden. Dagegen organisierte die Frente de los Pueblos en Defensa de la Tierra (FPDT, etwa Front der Dörfer zur Verteidigung der Erde) militanten und erfolgreichen Widerstand: es gab keine Enteignungen, der Flughafen wurde nicht gebaut.

Der Konflikt zwischen der Regierung und der FPDT schwelte weiter. Verhandlungen scheiterten immer wieder und die FPDT wurde zu einer wichtigen Organisation innerhalb der vom EZLN initiierten „Otra Campaña“ (die „Andere Kampagne“, vgl. Artikel im Infoblatt Nr. 68) zur landesweiten Vernetzung von Basisbewegungen. Am 3. April 2006 kam es schließlich auf der nahe gelegenen Autobahn wegen eines vordergründig nichtigen Anlasses zu einem massiven Gewaltausbruch in Form einer neunstündigen Straßenschlacht mit der Polizei. In deren Verlauf wurde ein Junge von der Polizei erschossen. Ein Student wurde von einer Tränengaskartusche so stark am Kopf verletzt, dass er Wochen später starb.

Mehrere Polizist_innen wurden von der FPDT in „Gewahrsam“ genommen. In den Morgenstunden des 4. April 2006 begannen schließlich 3.000 Polizist_innen die „Operación Rescate“ („Operation Rettung“) zur Befreiung ihrer Kolleg_innen.

de gekürzt und stattdessen die Besoldung der Armeeingehörigen erhöht. Der militärisch organisierten Bundespolizei Policía Federal Preventiva (PFP) wurden 10.000 Soldaten zugeteilt und damit die Stärke des berüchtigten Repressionsorgans auf 27.000 ausgebaut. Flavio Soza, Sprecher der Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca (APPO, etwa Volksversammlung der Bevölkerung von Oaxaca), wurde am 4. Dezember in Mexiko-Stadt im Anschluss an eine Pressekonferenz verhaftet. Er befand sich mit drei Begleiter_innen in der Stadt, um die direkten Verhandlungen mit dem neuen Bundesinnenministerium voranzutreiben. Es ist schwerlich möglich, jemanden auf noch klassischere Weise in eine Falle zu locken.

Zwischenbilanz des Konfliktes in Oaxaca

Auch die vorläufige Bilanz des Konfliktes von Oaxaca (siehe Infoblatt 69 und Kasten) ist alles andere als rosig. Nach Angaben der Internationalen Menschenrechtsdelegation CCIODH hat der Konflikt neben hunderten politischer Gefangener und

vielen Verschwundenen (die Zahlenangaben darüber schwanken stark) mindestens 23 Tote gefordert, die von der ehemaligen Staatspartei PRI und dem verhassten Gouverneur nahe stehenden Paramilitärs oder Polizist_innen ermordet worden sind. Die Generalstaatsanwaltschaft hatte bisher nur elf Tote zugegeben. Wie schon in Atenco soll es bei einer Verhaftungswelle Ende November 2006 zu Folterungen, sexualisierter Gewalt gegen Frauen und Männer und Vergewaltigungen gekommen sein. Am 25. November wurden mindestens 172 Personen verhaftet und in weit entfernte Gefängnisse in den Bundesstaaten Nayarit und Puebla verschleppt. Offizieller Vorwand für die Polizeiaktion waren schwere Auseinandersetzungen im Anschluss an eine Großdemonstration der APPO. Allerdings gibt es Anhaltspunkte dafür, dass die Zusammenstöße von PRI-Provokateur_innen inszeniert worden waren.

Erneut offenbaren die mexikanischen Verfolgungsbehörden ihren politischen Charakter, indem sie auch bei den Ereignissen in Oaxaca offensichtlich mit zweierlei Maß messen: Schon Anfang Dezember 2006, zu ei-

nem Zeitpunkt, als noch zahlreiche der APPO tatsächlich oder vermutlich nahe stehende Personen wegen vergleichsweise harmloser Vorwürfe in Untersuchungshaft saßen, wurden die mutmaßlichen Mörder des US-amerikanischen Indymedia-Kameramanns Bradley Will aus „Mangel an Beweisen“ aus der Haft entlassen. Bradley Will war am 27. Oktober in der Nähe einer Barrikade in Oaxaca-Stadt von Todesschwadronen erschossen worden. Seine Mörder hatte er zuvor gefilmt und die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ hatte sie identifizieren können.

Im April haben zudem die staatlichen Repressionsmaßnahmen gegen Mitglieder der APPO erneut zugenommen. Es gab zahlreiche Verhaftungen sowie mehrere Verurteilungen zu mehr als 60 Jahren Haft und hohen Geldstrafen. Gegen noch mehr Aktivist_innen sind Haftbefehle ausgestellt, jedoch bisher nicht vollstreckt worden - auch dies ein Mittel der Einschüchterung von Seiten einer politischen Justiz. Obwohl gerade in ländlichen Gemeinden nach wie vor Übergriffe von PRI-Schlägertrupps stattfinden, die auf die Unterstützung der Polizei des Bundesstaates zählen können, wird der soziale Konflikt von Oaxaca vom noch immer nicht abgesetzten Gouverneur Ulises Ruiz Ortiz als „gelöst“ angesehen. Dieser Einschätzung zum Hohn und trotz der Repression demonstrierten am 1. Mai in Oaxaca erneut etwa 100.000 Menschen gegen den tyrannischen Gouverneur. Aus der Demonstration heraus wurden zahlreiche von PRI-Anhänger_innen übertünchte Parolen „restauriert“ sowie das Uni-Radio vorübergehend wieder besetzt. Auch am 14. Juni 2007, ein Jahr nach der brutalen Räumung des zentralen Platzes (Siehe Kasten) demonstrierten wieder viele Zehntausende.

Selbst die nicht gerade fortschrittliche staatliche Menschenrechtskommission Comisión Nacional de Derechos Humanos (CNDH) kam bereits im Dezember in einem Zwischenbericht zu der Einschätzung, dass die PFP-Einheiten „wiederholt und exzessiv von Gewalt Gebrauch“ machten, in deren Folge „das institutionelle, soziale und kulturelle Gefüge im Bundesstaat beschädigt“ wurde.

Der Konflikt in Oaxaca

Am 22. Mai 2006 begann die oaxakenische Lehrer_innen-Gewerkschaft Coordinadora Nacional de los Trabajadores de la Educación (CNTE, Nationale Koordination der Erziehungsarbeiter_innen) einen unbefristeten Streik, in dem es nur zum Teil um die Erhöhung ihrer Gehälter ging. Zentrale Forderungen waren sozialer und politischer Natur: Die Schulen in dem armen Bundesstaat sollten besser ausgestattet werden, Schulspeisung eingeführt und Schüler_innen aus extrem armen Familien mit Schuhen ausgestattet werden. Außerdem sollte der verhasste, korrupte und unterdrückende PRI-Gouverneur Ulises Ruiz Ortiz zurücktreten.

Nach einer brutalen Räumung der Lehrer_innen vom zentralen Platz der Hauptstadt am 14. Juni 2006 solidarisierten sich weite Teile der Bevölkerung mit ihnen. Die Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca (APPO, etwa Volksversammlung der Bevölkerung von Oaxaca) wurde gegründet. Im Verlauf des sich zuspitzenden Konfliktes wurde die Regierung des Bundesstaates für abgesetzt erklärt und aus der Innenstadt von Oaxaca-Stadt vertrieben sowie Verwaltungsgebäude und Radiostationen besetzt.

Die Regierung von Ulises Ruiz reagierte auf den Konflikt in Oaxaca mit offen faschistoidem Terror: Aus Angehörigen der Polizei des Bundesstaates und sowie der PRI gebildete Schwadronen entführten mutmaßliche APPO-Aktivist_innen und beschossen die Barrikaden mit scharfer Munition. Nachdem die Bundesregierung dieser Situation monatelang tatenlos zusehen und die Bitte der APPO um Absetzung des Gouverneurs abgelehnt hatte, wurde die Innenstadt von Oaxaca in den Tagen nach dem 29. Oktober unter dem Vorwand, für die Sicherheit von Schüler_innen und Lehrer_innen sorgen zu müssen, von Einheiten der Policía Federal Preventiva (PFP, Präventivpolizei des Bundes) Schritt für Schritt gegen den massiven Widerstand der Bevölkerung geräumt. Besonders um die autonome Universität und das dort ansässige Radio Universidad kam es zu einer tagelangen Straßenschlacht.

(vgl. ausführlicher Artikel im Infoblatt Nr. 69)

In der Tageszeitung La Jornada vom 25. Mai nahm der CNDH-Vorsitzende José Luis Soberanes Fernández deutlich zur Verantwortung für den Konflikt Stellung: Der PRI-Gouverneur Ulises Ruiz Ortiz trage die „direkte Verantwortung für die Menschenrechtsverletzungen welche durch Polizeikräfte ... während des Konflikts mit den Lehrern und der APPO verübt wurden“ (4).

„Krieg“ gegen die Drogenkartelle

In noch einem weiteren Bereich zeigt sich Mexiko von seiner repressiven Seite: Gleich zu Beginn seiner Amtszeit schickte Felipe Calderón das Militär auf die Straße. Knapp 10.000 Soldaten sollten im Bundesstaat Michoacán, in Acapulco und Tijuana sowie an der Grenze zu den USA den Drogenkartellen den Garaus machen. Beobachter_innen kritisierten daraufhin die Militarisierung der Sicherheitspolitik als versuchte Zurschaustellung staatlicher Macht ohne wirklich einschneidende Auswirkung auf den Aktionsradius der Drogenhändler. Eigentliche Adressat_innen der Aktion gebe es zwei: Zum einen sollte Investor_innen ein Klima der Sicherheit für ihre Anlagen vorgegau-

kelt werden. Zum anderen schielten die Sicherheitspolitiker_innen auf die zahlreichen sozialen Bewegungen, die durch die massive Militärpräsenz in Form ständiger Straßenkontrollen und Razzien eingeschüchtert werden sollten (5).

Die Militäraktion gegen und der infolgedessen aufbrandende Krieg zwischen den Drogenkartellen fordert seine Opfer: Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wird es in diesem Jahr wieder wie im vergangenen Jahr mindestens 2000 Tote geben. Bereits jetzt wurde die Zahl aus dem Vergleichszeitraum des Vorjahres überholt. Zy-



Wenn sie einen angreifen, greifen sie uns alle an
Quelle: <http://argentina.indymedia.org>

nisch ist dabei vor allem, dass die Militäraktion eher im Zusammenhang einer Neuordnung im Machtgefüge der Kartelle gesehen werden muss denn als Versuch einer effektiven Bekämpfung. Denn im Hinblick auf die heeren Ziele des mexikanischen Staates im Kampf gegen die Drogenkartelle gibt es allen Grund zur Skepsis: zu viele Funktionäre_innen in Polizei, Ministerien und Militär, zu viele Parlamentsabgeordnete und zu viele Gouverneure_innen stehen auf der Gehaltsliste der Drogenkartelle. Auch das martialische Auftreten von Felipe Calderóns Regierung wird daran aller Wahrscheinlichkeit nach nicht viel ändern.

Die Massenmedien beirrt all dies

nicht in ihrem Tun: Sie spielen die Begleitmusik zu den Militäraktionen. Berichteteten sie in den ersten Wochen noch ausführlichst über alle festgenommenen Kleinstdealer_innen und jedes konfizierte Gramm Drogen, so schweigen sie mittlerweile in erster Linie die „Kollateralschäden“ der Militäreinsätze, wie besetzte Kleinstädte, unter Beschuss genommene Unbeteiligte und willkürliche Festnahmen, tot. Angesichts der Berichterstattung der deutschen Medien über die Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm steht Mexiko in diesem Punkt allerdings auch wieder nicht so alleine da. Der Umgang mit Polizeiberichten gleicht sich: copy & paste. Unabhängige Recherche: Fehlanzeige.

- 1 La Jornada vom 22.01.2007: Proyecto de dictamen rechaza que la Corte intervenga en el caso Atenco, <http://www.jornada.unam.mx/2007/01/22/index.php?section=politica&article=023n2pol>
- La Jornada vom 06.05.2007: Condenan a 67 años de cárcel a líderes del FPDT de Atenco, <http://www.jornada.unam.mx/2007/05/06/index.php?section=politica&article=003n1pol>
- 3 La Jornada vom 06.05.2007: "Revancha del Estado", condena a atenuados, <http://www.jornada.unam.mx/2007/05/06/index.php?section=politica&article=004n1pol>
- 4 La Jornada vom 25.05.2007: CNDH: "responsabilidad directa" de Ulises Ruiz por la represión en Oaxaca, <http://www.jornada.unam.mx/2007/05/25/index.php?section=politica&article=007n1pol>
- 5 La Jornada de Morelos vom 05.05.2007: Acallan luchas sociales con la seguridad: Cacho

Freilassung von Felipe Sánchez Rodríguez

(sb) In der letzten Ausgabe des Infoblattes wurde über die willkürliche Verhaftung des ehemaligen ehrenamtlichen Mitarbeiters des Ökumenischen Büros, Felipe Sánchez Rodríguez, informiert. Wir sind nun erleichtert und beruhigt, dass er auf freien Fuß gesetzt wurde. Es erwartet ihn und andere willkürlich Verhaftete jedoch noch ein Prozess. Es bleibt offen, ob dieser gerecht werden kann in einem von Menschenrechtsverletzungen überhäuftem Verfahren.

Felipe Sánchez Rodríguez war am 25.11.2006 in Begleitung seines Freundes, Edgar Alejandro Molina Cuevas, auf dem Weg zum Busbahnhof, als beide ebenso wie 142 weitere Männer, Frauen und auch Minderjährige in der süd-mexikanischen Stadt Oaxaca Stunden nach einer Demonstration völlig willkürlich verhaftet wurden.

Im Anschluss an die Verhaftung wurden er und sein Freund sowie viele andere physisch und psychisch gefoltert, auf illegale Art und Weise in ein 1200 Kilometer entferntes Hochsicherheitsgefängnis im Norden Mexikos gebracht und dort drei Wochen ohne Kontakt zu Angehörigen und Anwälten festgehalten.

Kurz vor Weihnachten kamen die Gefangenen nach Oaxaca zurück, wo sie in den nächsten Monaten in kleinen Grüppchen genauso willkürlich freigelassen wurden. Viele unter der Bedingung, sich und MenschenrechtsvertreterInnen schriftlich zu belasten.

Angehörige, die sich inzwischen organisiert hatten, wurden massiv bedroht und teilweise selbst verhaftet. Auch MenschenrechtsaktivistInnen waren Repressionen ausgesetzt, z.T. wurden Haftbefehle wegen fiktiver Vergehen gegen sie erlassen.

Felipe Sánchez Rodríguez bekräftigte, dass er nicht bereit sei, seine Freilassung gegen eine Unterschrift, die ihn und andere belasten würde, zu akzeptieren. Inzwischen wurde bekannt gegeben, dass die Kaution für Felipe und Edgar je 43 Millionen Euro (kein Tippfehler, Anm. der Redaktion) betragen sollte.

Sowohl in Mexiko als auch auf internationaler Ebene entstand eine Bewegung zur Freilassung der Inhaftierten von Oaxaca.

Im konkreten Fall von Felipe setzten sich in Mexiko lokale Menschenrechtsorganisationen, das Netzwerk von Kinderhilfsorganisationen FONI

(Foro Oaxaqueño por la Niñez) sowie der PRD-Abgeordnete Othón Cuevas für ihn ein. Seine Anwältin (in Mexiko Stadt) konnte aufgrund bürokratischer Hindernisse erst sehr spät aktiv werden und vertritt ihn nun in Zusammenarbeit mit einem Anwalt vor Ort.

In Deutschland selbst konnte mithilfe vieler LeserInnen und anderer solidarischer Freunde und Freundinnen durch eine Unterschriftenaktion (in drei Tagen kamen mehr als 1300 Unterschriften zusammen!) Bundespräsident Köhler auf Felipes Fall stellvertretend für alle anderen Gefangenen aufmerksam gemacht werden. Er sprach den mexikanischen Präsidenten Calderón Hinojosa persönlich auf Felipe an und setzte sich für dessen Freilassung ein. Auch Mitglieder des Deutschen Bundestags setzten sich direkt bei der mexikanischen Botschaft ein.

Auf internationaler Ebene fiel der Oaxacabesuch der Internationalen Menschenrechtsbeobachtungskommission (Comisión Civil Internacional de Observación por los Derechos Humanos) ins Gewicht.

Zusätzlich hatte Amnesty International in London den Fall von Felipe -

ebenfalls exemplarisch - aufgenommen und veröffentlicht.

Eine weit gestreute Postkartenaktion zur Freilassung aller Gefangenen mit der mexikanischen Botschaft als Adressat lief parallel.

Schließlich und endlich kam noch ein offizielles rechtlich fundiertes Antwortschreiben hinzu, das eine Reaktion auf haltlose Argumente vonseiten des mexikanischen Außenministeriums gegenüber deutschen Bundestagsabgeordneten war und in Zusammenarbeit mit Felipes Anwältin Pilar Noriega erstellt wurde. Am 6. März 2007 wurde Felipe auf Kautionsfreilassung. Inzwischen liegt ein Schreiben des Bundesstaates Oaxaca vor, dass die Kautionsgebühr vom Staat selbst bezahlt wurde.

Seine Freilassung ist ein Zeichen dafür, was internationale Solidarität bewirken kann.

An dieser Stelle ein von Herzen kommender Dank an alle, die sich beteiligt haben, sei es mit Spenden, Ideen, Zuspruch, Zeit, Unterschriften ...

Am 30. April kam schließlich auch Felipes Freund Edgar, für den man sich ebenfalls auf verschiedensten Ebenen eingesetzt hatte (es gab intensive Bemühungen und direkten Kontakt vonseiten des Ökumenischen Büros), auf Kautionsfreilassung.

Nun wird für alle willkürlich Verhafteten, die auf eine vom Staat bezahlte Kautionsfreilassung gekommen sind, ein Prozess stattfinden; wann, ist ungewiss. MenschenrechtlerInnen rechnen mit einer Wartezeit von bis zu drei Jahren. Währenddessen müssen sich die Betroffenen monatlich termingerecht beim Amtsgericht melden und dürfen nicht ohne Antrag und Genehmigung die Stadt verlassen.

Auch wenn die Freilassungen Anlass zur Freude geben, ist die gegenwärtige Situation doch weiterhin besorgniserregend. So sind nach wie vor zwölf Menschen inhaftiert, ohne dass man ihre Beteiligung an Gewalttaten hätte nachweisen können. Anwälte der Gefangenen und ihre Familien werden massiv bedroht und eingeschüchtert.

Die Situation in Oaxaca sollte zum Schutz der Menschenrechte weiterhin

internationale Aufmerksamkeit finden.

Es folgt ein persönliches Dankeschreiben von Felipe, das er kurz nach seiner Freilassung verfasste:

„Liebe Freunde,
liebe Freundinnen.

Es ist ein Monat vergangen seit meiner Freilassung, inzwischen bin ich schon einmal zum Unterschreiben nach Tlacolula gefahren. Das muss ich jeden 30. des Monats machen, da ich unter Kautionsfreilassung rausgegangen bin.

Die Ängste und Unsicherheiten sowie die mehreren Kilos, die ich im Gefängnis bekommen habe, baue ich mit der Zeit ab. Auf einer Seite hilft die psychologische Betreuung und die Unterstützung der Freunde und auf der anderen das Rauf und Runter vom Berg und das Hin und Her mit den Kindern halten mich in Trab.

Es gibt viel zu tun, sodass dem Tag Stunden fehlen und der Woche Tage. Meistens habe ich den Eindruck, dass die Wochenenden kürzer geworden sind. Die ganze Arbeit, die in den vergangenen Monaten nicht gemacht wurde, müssen wir jetzt nachholen.

Obwohl die lokale Regierung sich anstrengt, durch die Medien zu vermitteln, dass in Oaxaca wieder alles in Ruhe ist, die Proteste gegen die repressive und korrupte Politik des Gouverneurs gehen weiter, im wahrsten Sinne des Wortes. Die Parteien bereiten sich vor für die Kommunalwahlen, obwohl im Gefängnis immer noch mehr als vierzig politische Gefangene sitzen.

Wie kann man unter solchen Bedingungen in diesem Land von Demokratie sprechen, wenn die Meinungsfreiheit bedroht ist. In der Nationalen Menschenrechtskommission gibt es ca. 300 Beschwerden, wegen der Aggressionen gegen Journalisten, damit steht Mexiko auf dem zweiten Platz, nach Kolumbien. Man kann auch nicht über Demokratie sprechen, wenn der mexikanische Staat den Frauen nicht erlaubt, über die Schwangerschaft selbst zu entscheiden, während auf der Straße jeden Tag Tausende von Kindern sterben. Das sind einige der Themen, die heutzutage in den Medien auf den Titelseiten stehen.

Als ich inhaftiert war, musste ich

an vieles denken, unter anderem, was bedeutet die persönliche Freiheit. Es hat damit zu tun, dass der Mensch nicht nur aus Materie besteht. Wir sind viel mehr als das. Wir denken und fühlen, und das konnten sie nicht einsperren. Damit konnte ich entscheiden, welche Einstellung ich annehme, um der Situation gegenüberzustehen: mit Selbstmitleid oder Kraft und Hoffnung. Das Erste ist ein alter Bekannter, mit dem ich keine guten Erfahrungen gemacht habe. Das Zweite habe ich durch Euch bekommen.

Aus dem Grund bedanke ich mich bei Euch, weil ich das Gefühl hatte, dass ich nie allein war. Dass Ihr mit mir die Last getragen habt. Deswegen wurde es leichter. Heute möchte ich an Eurer Freude teilnehmen, damit sie sich vermehrt.

Por eso y por mucho más solo me resta decir: gracias por su amistad y su solidaridad.

Besos y abrazos de Felipe."





Grano de oro – Goldkorn
Kaffeewirtschaft und Goldbergbau in El Salvador
Eine politische Studienreise der Kaffeekampagne El Salvador
vom 26. Dezember 2007 bis 12. Januar 2008

Grano de oro – Goldkorn heißt die grüne Kaffeebohne, weil sie Reichtum und Herrschaft begründet. Auch das Vorhandensein von Goldkörnern, Goldadern löst bekanntlich einen Run nach Reichtum und Herrschaft aus. Kein Wirtschaftszweig hat die Geschichte El Salvadors ab dem Ende des 19. Jahrhunderts so geprägt wie der Kaffeeanbau. Er hat viele arm gemacht und wenige reich. Hunderte von Armen machen sich Tag für Tag auf den Weg nach Norden, ohne Papiere, aber mit großen Hoffnungen im Gepäck. Von den Daheimgebliebenen müssen über 20% mit einem Dollar oder weniger am Tag leben. Die wenigen Reichen beherrschen nach wie vor den Agrarexport, die Industrie, die Bauwirtschaft und das Tourismusgeschäft, setzen heute aber vor allem auf den Importhandel und den Finanzsektor. Ausländisches Kapital ist in nachlassendem Maße an Maquiladoras, Weltmarkt-Bekleidungsfabriken, und seit ein paar Jahren am Goldabbau interessiert.

Die Kaffeekampagne El Salvador, 1989 gegründet, glaubt, dass die Neuverteilung des Reichtums bei dessen Kern, der Kaffeewirtschaft, anfangen muss. Deshalb hat sie 1992 die MITKA, die Mittelamerika Kaffee-Import Gesellschaft, gebeten, salvadorianischen Kooperativenkaffee zu importieren. Das ist „Café La Cortadora – Kaffee für Land und Freiheit“. Weil die Entwicklung der Unterentwicklung nicht beim Kaffee stehen geblieben ist, behalten wir auch andere Wirtschaftsbereiche im Auge – dieses Mal also den Goldbergbau.

Preis, Leistungen und organisatorische Hinweise:

Die Reise wird ca. 2.000 Euro kosten; der genaue Preis hängt von den definitiven Flugkosten ab. In den Leistungen inbegriffen sind Flüge, Transport in El Salvador mit Mitfahrzeug, alle Übernachtungen mit Frühstück, Reiseleitung und Übersetzungen.

Voraussichtlich Ende Oktober/Anfang November wird es ein eintägiges Vorbereitungstreffen geben.

Weitere Informationen und Anmeldungen (bis 1. Oktober 2007) an:

Kaffeekampagne El Salvador, unter Tel.+ Fax 0221/24 93 94,

meanguera@gmx.de

und auf www.cafe-cortadora.de

für ein Projekt zur Katastrophen- prävention in El Tránsito (El Salvador)

... denn Katastrophen fallen nicht vom Himmel

Im Sommer 2007 organisieren wir mit unserer Partnerorganisation *Oikos Solidaridad* in El Salvador wieder eine Solidaritätsbrigade. *Oikos Solidaridad* ist eine Nichtregierungsorganisation, die mit Basisgruppen, Kooperativen und Vereinen im Osten El Salvadors zusammenarbeitet. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen Ansätze der ländlichen Entwicklung und der Beteiligung der Bevölkerung an politischen Prozessen. Dabei ist es für *Oikos Solidaridad* wichtig, dass Projekte nicht von außen auferlegt werden, sondern die Menschen ihren Bedarf an Grundversorgung, Organisation, Bildung, Infrastruktur etc. selbst bestimmen und daraus Projekte ableiten.

Das Projekt, an dem sich die Solidaritätsbrigade 2007 beteiligt, ist ein Projekt zur Katastrophenprävention von *Oikos Solidaridad*. Dass Naturereignisse wie Wirbelstürme oder Dürren zur Katastrophe für die Bevölkerung werden, ist nicht unvermeidbar, sondern hat immer auch politische Ursachen. Deshalb umfasst das Projekt nicht nur Erosionsschutzmaßnahmen und Wiederaufforstung, sondern auch politische Bildungsarbeit, um die Organisation der Bevölkerung voranzubringen.

S
p
e
n
d
e

Wir bitten Sie und Euch um Unterstützung für das Projekt!

Ökumenisches
Büro
für Frieden und
Gerechtigkeit
Konto-Nr.:
56-176258,
BLZ: 701 500 00,
Stichwort:
El Salvador



Mit dem **Flugdienst**
des
Ökumenischen Büros
rund um die Welt

Flüge innerhalb **Europas**, nach **Asien**,
Afrika und natürlich nach **Zentral-**
und **Südamerika**

Sonder- und STA-StudentInnen tarife,
Jugendtarife europaweit und natürlich weltweit.

Tickethinterlegungen, **Pauschal- und Last**

Minute Reisen mit oder ohne Hotel, Reise-
versicherungen
und
Mietwagen ...

Flugdienst im Internet

www.oeku-buero.de/flug

Onlinebuchung für
Flug, Pauschal- und Last Minute-Reisen,

(auch die jeweils aktuellen

Internetsondertarife von Lufthansa und
anderen Airlines sind hier buchbar) Versicherungen und
Mietwagen, Visa- und Gesundheitsinformationen
und, und, und...

Einfach mal reinschauen,
anrufen, anfaxen
oder mailen.

Telefon: 089 - 89 22 49 61 Fax: 089 - 89 22 49 62

Email: flug@oeku-buero.de

Planet der Slums

Mike Davis konstatiert in diesem ambitionierten und verstörenden Buch eine *Kopernikanische Wende* der menschlichen Siedlungsgeschichte. Denn nie zuvor überstieg der Anteil der Stadtbevölkerung den Anteil der auf dem Land Wohnenden und nie zuvor sah sich eine ungeheure Anzahl von über einer Milliarde Menschen gezwungen, ihr Überleben in Armut, im Schmutz der Müllhalden, ohne (sauberes) Wasser, ohne Toiletten, ohne irgendeine Art der Gesundheits- oder Sozialversorgung zu organisieren. Die Megaslums des „Südens“ sind Ausdruck einer im höchsten Maße ungleichen und instabilen urbanen Welt. Hier treffen die sozialen Fronten der Globalisierung in radikaler Weise aufeinander.

Davis zeichnet die globale Herausbildung der in den 1960er-Jahren als *Slums der Hoffnung* apostrophierten informellen Ansiedlungen nach - vom *Big Bang* der städtischen Armut im Verlauf der Verschuldungsdekaden der 70er- und 80er-Jahre bis hin zu den heutigen Megaslums von Sadr City oder Cape Flats. Von den überquellenden „Barricadas“ in Lima bis zu den Müllhalden in Manila, überall hat sich die Urbanisierung von industrieller Entwicklung und ökonomischem Wachstum entkoppelt.

Weder in der klassischen Sozialtheorie, weder bei Karl Marx noch bei Max Weber oder in der neueren Modernisierungstheorie wurde vorausgesehen, was sich in den Städten innerhalb der letzten 30 oder 40 Jahre entwickelt hat. Nirgendwo wurde die Herausbildung einer riesigen Klasse hauptsächlich junger Menschen vorausgesehen, die in Städten lebt, keine formelle Anbindung an die Weltökonomie hat noch irgendeine Chance, diese jemals zu bekommen. Diese informelle Arbeiterklasse ist nicht das *Lumpenproletariat* von Karl Marx und sie ist nicht der *Slum der Hoffnung*. Diese informelle Arbeiterklasse repräsentiert eine von der Theorie völlig unvorhergesehene, beispiellose Entwicklung.

In den armen Ländern des globalen Südens wird sich eine *gigantische Konzentration der Armut* herausbilden. Die Kapitalreproduktion in den Global Cities wird weitgehend ohne diese Menschen auskommen, die ihr Überleben auf düftigstem Niveau werden organisieren müssen.

Broschiert: 247 Seiten, **Verlag:** Assoziation a; Auflage: 1 (Februar 2007)

Preis: EUR 20,00, im Ökumenischen Büro erhältlich

